

2'2003
POLIZEI
BRANDENBURG

info

110



POLITISCH

MOTIVIERTE

KRIMINALITÄT

PMK

DAS THEMA

Fünf „Mahle“
am Tag

Stress pur ...
oder
kein Tag wie
jeder andere

Eine lange
Dienstreise...!

Etappen der
Strategie-
entwicklung

Täterorientierte
Maßnahmen
gebündelt

Praxiserfahrun-
gen der Staats-
anwaltschaft
Neuruppin



Null Toleranz gegenüber Extremisten

Das Land hat in den vergangenen Jahren beachtliche Anstrengungen unternommen, um den politischen Extremismus wirksam zu bekämpfen. Die bisher erreichten Erfolge sind auch das Ergebnis der konsequenten Arbeit unserer Polizei – null Toleranz gegenüber Extremisten.

Auch wenn wir an vielen Stellen spürbare Erfolge haben, so sind wir von dem Erreichen eines wirklich befriedigenden Endzustandes noch immer weit entfernt. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und in vielen gesellschaftspolitischen Entwicklungen zu suchen. Sie liegen nicht in der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden! Deren Verdienst besteht vielmehr darin, trotz der vielen gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen diese bemerkenswerten Erfolge erzielt zu haben. All dies wurde nur möglich, weil wir die Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus Schritt für Schritt verbessert haben. Unsere wichtigsten Elemente dabei sind die MEGA und die Arbeit von TOMEQ. Seit Jahresbeginn hat Brandenburgs Polizei mit ihrem neuen Handlungskonzept zur Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) ein auf aktuelle Strukturen und Erfahrungen der Polizei zugeschnittenes ausgezeichnetes Arbeitsinstrument.

Wir dürfen auch nicht übersehen, dass das Phänomen rechtsextremistisch oder ausländerfeindlich motivierter Straftaten vielfach auch ein Aspekt der Jugendkriminalität ist. Deshalb kommt der Einbindung der Jugendkommissariate in den Schutzbereichen große Bedeutung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu. Zugleich liegt hier auch der Kern für eine verstärkte präventive Arbeit in Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Schulen, Jugendbehörden,

Vereinen und Verbänden. Gleichzeitig unterstützen wir erfolgversprechende Ansätze aus Mitteln des Landespräventionsrates. Ein Beispiel dafür ist das Fortbildungsprogramm für Mitarbeiter von Polizei, Schulen und Jugendhilfe in der Uckermark, das von der Fachhochschule Potsdam durchgeführt wird.

Es wäre aber fahrlässig, über dem herausragenden Problem des Rechtsextremismus, den Extremismus von links aus den Augen zu verlieren. Wir dürfen das Gewaltpotenzial des Linksextremismus nicht unterschätzen oder gar vernachlässigen, nur weil dieses nicht im Fokus der öffentlichen Berichterstattung steht. Der Anschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in einem Autohaus unterstreicht die sich in Richtung Terrorismus neigende Militanz in Teilen der linksextremistischen Szene. Die Gewaltbereitschaft in der Szene belegt auch die Beteiligung von den Linksextremisten in Brandenburg an den schweren Ausschreitungen etwa beim EU-Gipfel von Göteborg.

Trotzdem ist und bleibt für uns der Rechtsextremismus die größte Herausforderung. Diesen zu bekämpfen ist weiter eine zentrale Aufgabe unserer Sicherheitsbehörden, weshalb sich diese Ausgabe der „info 110“ besonders ausführlich dem Thema „PMK“ widmet.

Jörg Schönbohm

Jörg Schönbohm
Innenminister
des Landes Brandenburg

Impressum

Herausgeber
Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg

Redaktion
Geert Piorkowski (verantw.)
Peter Salender
Norbert Horn

Anschrift
Henning-von-Tresckow-Str. 9-13
14467 Potsdam
Telefon 0331/866-2846
e-mail
peter.salender@mi.brandenburg.de
<http://www.polizei.brandenburg.de/info110/index.htm>

ISSN 1430-7669

Layout
Rosenfeld:MRDesign

Druck
Landesbetrieb Landesvermessung
und Geobasisinformation
Brandenburg

Fotos
Bilder zur Ausstellung (Seiten
7,9,11,13,15): Bernd Schäfer;
Archiv: MI-AG Fachliche
Öffentlichkeitsarbeit; PP Frankfurt
(Oder); PP Potsdam
13. Jahrgang, Nr. 2/2003

Auflage 8 000

Redaktionsschluss
02. Juli 2003

*Wir danken allen Verfasserinnen
und Verfassern für die in dieser
Ausgabe veröffentlichten Beiträge.
Die mit Namen versehenen Bei-
träge geben nicht in jedem Fall die
Meinung der Redaktion wieder.*



Skinheadkonzerte – eine polizeiliche Herausforderung

Seite 10



Polizeiliches Definitionssystem „PMK“

Seite 17



Polizisten „auf Tour“

Seite 21



Polizeihubschrauber EC 135 in Dienst gestellt

Seite 24

<hr/>	
	4 DAS THEMA
Etappen der Strategieentwicklung	4
Demokratische Grundwerte beleben	5
Zu Hause in der Fremde	7
Flächendruck und täterorientierte Maßnahmen gebündelt	8
Rechtsextremistische Schläger zu Haftstrafen verurteilt	8
Die Präventionsberater ziehen mit	9
Skinheadkonzerte im südlichen Brandenburg – eine polizeiliche Herausforderung	10
Unser Erfolg strahlt auf die Szene aus	11
Verfolgung sog. politisch-motivierter Straftaten im Bereich der Staatsanwaltschaft Neuruppin	12
Vorortprinzip sichert direkte Information aller Einsatzkräfte	14
Einführung zum polizeilichen Definitionssystem „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK)	17
<hr/>	
	20 POLIZEISPORT
Fünf „Mahle“ am Tag oder Erst die Dosis macht das Gift	20
Polizisten schreiben „Tourgeschichte“	21
<hr/>	
	23 POLIZEIPRAXIS
Stress pur ... oder kein Tag wie jeder andere	23
Modernste Polizeihubschrauber EC 135 in Dienst gestellt	24
Tieftauchen am Helensee	25
Auftauchen und Tee trinken	26
Vermisstensache Zierach	26
Startsignal für Deutsch-Polnische Verbindungsstelle	27
Fachbeirat Wasserschutzpolizei gegründet	27
Fachbeirat Autobahnpolizei konstituiert	28
Personalien	28
Ein Blick zurück – und in die Zukunft	29
Eine lange Dienstreise...!	30
<hr/>	
	32 BÜCHER-ECKE
Buchbesprechungen	32

Etappen der Strategieentwicklung

THEMA



Insbesondere politisch motivierte Straftaten des Phänomenbereichs – rechts – belasten die objektive Sicherheitslage des Landes Brandenburg und das Sicherheitsempfinden der Bürger seit vielen Jahren. Die Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität ist deshalb eine vorrangige Verpflichtung der Brandenburger Polizei. Dabei ist die konsequente Verhinderung, Aufklärung und Verfolgung politisch motivierter Straftaten spezielle Aufgabe von Kräften des Polizeilichen Staatsschutzes sowie Auftrag für alle Polizeibeamten.

Die hervorzuhebende Bedeutung des am 19.01.2003 in Kraft getretenen Handlungskonzeptes besteht nicht in der Festschreibung einer völlig neuen Strategie, sondern in der Zusammenführung und Neuausrichtung bzw. Anpassung bewährter Arbeitsweisen, Einsatzrichtlinien sowie Grundsätzen, in der komplexen Aufbereitung möglicher Maßnahmen in einem Katalog und in der Formulierung von Zielen und Leitlinien. Die bis dahin nebeneinander bestehende Vielzahl ministerieller Detailregelungen, die mitunter aktuellen Lageentwicklungen entgegenliefen und darüber hinaus nicht mehr passfähig zur neuen Polizeistruktur waren, wurde ersetzt durch einen Handlungsrahmen für vor Ort wahrzunehmende Führungsverantwortung zur Durchführung lageangepasster und wirkungsorientierter Bekämpfungsmaßnahmen zur Politisch motivierten Kriminalität in den Bereichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Handlungskonzept Politisch Motivierte Kriminalität

Die im Handlungskonzept zusammengeführten Strategieelemente sind das Ergebnis eines über Jahre andauernden Erfahrungs- und Findungsprozesses. Ausgewählte Entwicklungstappen werden nachfolgend skizziert:

1992 Sonderkommission gegen rechtsorientierte und fremdenfeindliche Gewalt (SOKO ReGa)

Die im März 1992 bei den Polizeipräsidien eingerichteten Ermittlungskommissionen zur Bekämpfung der Gruppengewalt von Jugendlichen mit fremdenfeindlicher oder rechtsextremistischer Motivation wurden im November 1992 unter personeller Stärkung zu Sonderkommissionen ReGa ausgebaut. Beim Landeskriminalamt nahm gleichlaufend die Arbeitsgruppe ReGa ihre Arbeit für die gezielte zentrale Nachrichtensammlung und -auswertung auf. Hintergrund für die Bildung der SOKO ReGa war der Anstieg rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Gewaltdelikte. Die durch Bildung der SOKO ReGa möglich gewordene konzentrierte Arbeit und der dadurch aufgebaute Verfolgungsdruck führte zu nachweisbaren Erfolgen. Die Fallzahl rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Gewaltdelikte konnte von 1992 bis 1995 um 71% gesenkt werden. Im Oktober 1995 wurden die Sonderkommissionen in die allgemeine Aufbauorganisation überführt, es erfolgte eine Integration von Personal und Aufgaben der SOKO ReGa in die Staatsschutzkommissariate der Polizeipräsidien.

1998 Mobile Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA)

Im Jahr 1997 war im Vergleich zu den Vorjahren erstmals wieder ein deutlicher Anstieg rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten zu konstatieren. Darüber hinaus kam es Ende 1997 / Anfang 1998 zu einigen schweren, die Öffentlichkeit in hohem Maße alarmierenden, politisch motivierten Gewaltstraftaten. Deshalb wurden die bewährten Repressivmaßnahmen um ein präventives Einsatzkonzept ergänzt. Ab Ende Januar 1998 wurden bei den Polizeipräsidien vom

Landeskriminalamt geführte Mobile Einsatztrupps MEGA eingesetzt. MEGA zielte darauf ab, durch gezielte Aufklärung und Beobachtung von Treffpunkten der rechten Szene, insbesondere solcher gewaltbereiter Gruppen, durch Präsenz, Kontrolle und wenn notwendig durch unmittelbares Eingreifen den Verfolgungsdruck weiter zu erhöhen und Straftaten unmittelbar zu verhindern. Das Projekt MEGA entwickelte sich sehr schnell zu einem anerkannten Bestandteil der im Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ zusammengeführten gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen für Demokratie und Inneren Frieden sowie gegen Intoleranz, Ausgrenzung und damit im Zusammenhang stehende Straftaten.

März 2000 Ausgangspunkt der weiteren Forcierung repressiver und präventiver Maßnahmen der Polizei

Der 24. März 2000 kann als weiterer herausragender Meilenstein bei der Effektivierung polizeilicher Bekämpfungsmaßnahmen gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit charakterisiert werden. Der damalige Erlass von Herrn Minister Schönbohm setzte wichtige Impulse für die Fortentwicklung des strategischen Herangehens.

■ Einrichtung von ständigen Schwerpunktbereichen auf der Grundlage von Lagebewertungen

(März bis August 2000). Dort wurden zusätzliche Kräfte der Bereitschaftspolizei zum Einsatz gebracht.

■ Neuorganisation des Projektes MEGA (Juni 2000 und Januar 2001), gekennzeichnet durch Erhöhung der Personalansätze, Ablösung der zentralen Führung des Landeskriminalamtes und damit Übertragung der Führungsverantwortung an die Polizeipräsidien, Aufgabenpräzisierung bzw. -erweiterung (Ausbau verdeckter Maßnahmen und verhaltensorientierter Präventionsaspekte), MEGA-Zusatzkräfte zu Schwerpunktzeiten.

■ Schärfung des rechtlichen Instrumentariums durch Integration der Ermächtigungen „Aufenthaltsverbot“ und „offene Videoüberwachung“ in das Brandenburgische Polizeigesetz (Dezember 2000).

2001 Verstärkung täterorientierter Maßnahmen

Auf den permanent hohen allgemeinen Verfolgungsdruck reagierten Teile der rechtsmotivierten Störer und potenziellen Straftäter mit einem teilweisen Rückzug aus dem öffentlichen Raum, verschiedene Szenetreffpunkte wurden aufgegeben, private Räumlichkeiten traten vermehrt an deren Stelle.

Aus dieser Entwicklung erwuchs das Erfordernis einer gesteigerten Hinwendung zu personenorientier-





Aus der Arbeit des Mobilen Beratungsteams (MBT) der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule

Demokratische Grundwerte beleben

ten polizeilichen „Kontroll- bzw. Betreuungsmaßnahmen“ für ausgewählte Personenkreise. Wiederholtes unangemeldetes Aufsuchen von Personen zur Gesprächsführung, anlassbezogene Erteilung von Auflagen zur Gefahrenabwehr, Einbeziehung von Kontaktpersonen (z. B. Eltern, Mitschüler, ggf. Arbeitgeber) sind einige solcher polizeilichen Vorsorgemaßnahmen. Außerdem werden unterstützende Maßnahmen für Ausstiegswillige angeboten und umgesetzt.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben agierten in Schwerpunktbereichen ab März 2001 Sonderkommissionen TOMEQ (Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt).

Polizeistrukturreform und Handlungskonzept PMK

Die Polizeistrukturreform rückte die Bewertung der entwickelten Arbeitsweisen und Konzepte zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität auf die Tagesordnung. Polizeibehörden und Ministerium haben gemeinsam in kurzer Frist einen Rahmen festgeschrieben, der die Fortsetzung der bewährten Arbeitsweisen unter den neuen Bedingungen ermöglicht und die Intentionen der Reform nach mehr Führungsverantwortung vor Ort konsequent berücksichtigt.

Ein wesentlicher gegenwärtiger Arbeitsschwerpunkt bei der Fortentwicklung der Strategie ist die Umsetzung einer Konzeption zur Errichtung einer landesweiten Arbeitsdatei Staatsschutz. Das Konzept (einschließlich der Dateibeschreibung) liegt zurzeit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Stellungnahme vor.

Dieter Herkommer
Innenministerium

Der Auftrag

Das Mobile Beratungsteam „Tolerantes Brandenburg“ arbeitet als Untergliederung eines freien Trägers politischer Bildung (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V.) in seiner gegenwärtigen Struktur nach einer kurzen Aufbauphase seit Januar 1999 im unmittelbaren Auftrag der Landesregierung Brandenburgs. Durch vielfältige Kontakte des MBTs zum Innenministerium und der Polizei auf je unterschiedlichen Ebenen dürfen Auftrag und Arbeitsstruktur des MBT in diesem Informationszusammenhang als bekannt vorausgesetzt werden. Deshalb hier nur in Kürze:

■ Das Beratungsangebot wurde in seinen Grundzügen zwischen Auftraggeberin (Landesregierung) und dem Träger des MBTs (RAA Brandenburg e.V.) abgestimmt, und in einer gemeinsamen „Vereinbarung“ beschrieben. Diese Vereinbarung bindet die Arbeit des Teams sehr eng an politische (nicht parteipolitische!) Optionen der Auftraggeberin, lässt jedoch der prozessorientierten Arbeitsweise des MBT als Teil eines freien Trägers notwendige Spielräume. Berichte aus der Arbeit und regelmäßige Konsultationen mit den zuständigen Bereichen der Landesregierung fördern den notwendigen konzeptionellen Abgleich.

■ Zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen das gesellschaftliche und kommunalpolitische Bemühen im Land Brandenburg, rechtsextreme Entwicklungen, Rassismus und Gewaltakzeptanz (auf den genannten Hintergründen) zu erkennen und zu bekämpfen, mit Fach- und Sachverstand unterstützen.

- Der strukturelle und sachliche Zusammenhang zwischen RAA Brandenburg und Mobilem Beratungsteam gewährleistet einen höchst effektiven Breitenansatz, in dem Beratungs- und Bildungsarbeit in unterschiedlichen Facetten professionell miteinander abgestimmt werden können
- ein in dieser Weise originäres Modell, dem aus anderen Bundesländern großes Interesse entgegengebracht wird.

Zum Begriff

Wegen häufig zu beobachtender Missverständnisse ist es wichtig, sich stets über Begriffsdefinitionen zu verständigen: Rechtsextreme Entwicklungen werden im Zusammenhang unserer Arbeit beschrieben, wenn erkennbar wird, dass Menschen politische Vorstellungen vertreten, in denen z. B. die freiheitlich-demokratische Grundordnung relativiert, zugleich autoritären Staatsformen das Wort geredet, der deutsche Nationalsozialismus verherrlicht bzw. verharmlost wird, antisemitische und rassistische Einstellungen erkennbar werden. Um von rechtsextremen Einstellungen reden zu können, müssen genannte Merkmale in einem erkennbaren Zusammenhang zu einander (Syndrom) stehen. Die Erkennbarkeit solcher Einstellungen liegen meist unterhalb der Schwelle zu Straftatbeständen. Darum findet hier aus gutem Grund polizeiliches Handeln seine deutliche Grenze.

Nach allen verlässlichen Beobachtungen spielt der Linksextremismus als politisches Handlungskonzept oder als jugendkulturelle Ausdrucksform eine geringe Rolle im Land Brandenburg. Der verständlichen Anfrage, warum unser Team nicht

auch den Linksextremismus thematisieren begegnen wir mit der Feststellung, dass gegenwärtig linksextreme politische Einstellungen in der Bevölkerung keinen wirklich nennenswerten Faktor darstellen (Wünsche nach Einführung einer kommunistischen Diktatur oder „Räte-Republik oder dergl. halten sich sehr in Grenzen). Sollte aber tatsächlich Bedarf sein, müssten dafür ein anderes Leitbild der Arbeit und andere Interventionsmöglichkeiten entwickelt werden.

Warum beraten wir

Zunächst haben wir zu konstatieren, dass die Regionen der neuen Bundesländer vor 1989 wenig oder überhaupt keine Erfahrung im Umgang mit demokratischer Bürgerverantwortung hatten. Autoritäre Staatsformen weisen ordnungspolitisch stets auf die zentrale Aufgabe des Staates. Darum muss in allen Beratungsprozessen deutlich werden: Demokratie weiß sich bei allen sozialen und politischen Spannungen durch Werte (demokratische Grundwerte!) geleitet. Unser Gemeinwesen versteht sich nicht nur als formal-demokratische Organisationsform sondern als politische Wertegemeinschaft! Innerhalb dieser politischen Wertegemeinschaft haben rechtsextrem bestimmte Werte und Einstellungen und ein daraus abgeleitetes Verhalten keinen Platz.

Weil sich jede Bürgerin und jeder Bürger aufgerufen wissen soll, diese demokratischen Grundwerte zu beleben und zu verteidigen (Verfassungspatriotismus), braucht es nach den bisher gemachten Erfahrungen dafür Anregungen, Hilfestellungen und Begleitung oder auch den kreativen Streit der Demokraten! Alles gesellschaftliche Bemühen gegen die Entwicklung

THEMA

des Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit muss im Grunde genommen ein Prozess zur Vitalisierung demokratischere Bürgerverantwortung in unserem Land sein.

Wie arbeiten wir

Die zu entwickelnden Arbeitsweisen des Teams lassen sich grundsätzlich von der jeweiligen Situation einer Region, in einer Stadt oder einem Dorf leiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden gerufen. Oder sie bemühen sich dort um Kontakte, wo trotz gegenteiliger Beobachtungen Menschen vor Ort kein Demokratie gefährdendes Problem sehen können. Um die Situation besser verstehen zu können, sind dringlich alle legal zugänglichen Informationen und Bewertungen zu sammeln und zu sichten. Oftmals sind Bürgerinnen und Bürger vor Ort die besten Experten in der Beschreibung der Situation. Sie brauchen den geeigneten Rahmen, in dem sie beschreiben können, was sie längst wissen, z. B.:

- vom Wochenendverhalten Jugendlicher,
- vom Verhalten von Platzgruppen,
- vom Verfassung gefährdenden Einfluss Erwachsener auf einzelne Jugendliche oder Gruppen,
- vom Einfluss Rechtsextremer in der Lokalpolitik, in erkennbare Sozialräume und Alltagskulturen eines Gemeinwesens,
- vom Wandel der Ausdrucksformen und Einflussnahmen des Rechtsextremismus usw. usf.

Um sich an der Stabilisierung der Werte- Demokratie vor Ort beteiligen zu können, braucht es konkrete Möglichkeiten offener Kommunikation: Foren, „Runde Tische“, Bürgerplattformen usw. Es braucht politische Verständigungsmöglichkeiten und Orte für gemeinsames Planen und Verabreden. Und es braucht immer wieder die öffentliche Inszenierung des Demokratischen gegen den demonstrativen Machtanspruch des Rechtsextremismus. Es braucht die veröffentlichte Empörung gegen rechtsextrem und rassistisch motivierte Ge-

walt. Das MBT bestärkt und hilft bei solchen Aufgaben.

Über die Grenzen des jeweiligen Sozialraumes hinaus finden sich innerhalb einer Region häufig Menschen, die sich mit den gleichen Fragen und der Suche nach Problemlösungen beschäftigen. Das MBT regt an oder unterstützt gegenseitige Kontakte zur Förderung dieser demokratischen Anliegen (Vernetzungsaufgaben).

Zu Kommunalpolitikerinnen u. -politikern, zu Mandatsträgern, öffentlichen Verwaltungen aber auch zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der örtlichen und regionalen Polizeistrukturen fanden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MBTs in den vergangenen Jahren gute, dem gemeinsamen Anliegen dienliche Kontakte.

Ein besonderes Augenmerk aber legt das Team auf die Möglichkeit mit gesellschaftlichen Gruppen zusammen zu arbeiten, die sich die Frage nach Bürgerverantwortung und der Wahrung demokratischer Werte in je eigener Art zum Thema machen. Neben den Kirchengemeinden, der Gewerkschaft und Wirtschaftsbereichen sind hier auch die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, ihr Landesverband und die Jugendfeuerwehr zu nennen. Die Möglichkeiten, demokratische Sicherungspotenziale zu wecken und zu fördern sind gegenwärtig noch längst nicht erschöpft.

Vier Aspekte der Arbeit

Neben dem ständigen Bemühen des Teams, die Situation im Land angemessen wahrnehmen zu können, was bei der geringen Größe des Teams immer nur in wenigen Ausschnitten gelingen kann, und den bereits erwähnten Moderations-, Mediations- und Vernetzungsaufgaben, neben den vielfältigen Beratungsgesprächen haben sich einige weitere Aspekte der Arbeit als besonders hilfreich erwiesen:

1. Innerhalb von lokalen Beratungsprozessen erweisen sich Bildungsangebote zum Thema „Rechtsextremismus“ besonders

hilfreich. Dabei geht es nicht nur um Informationen zu den Ausdruckswelten jugendlicher rechtsextremer Subkultur, sondern besonders um Wertvorstellungen und Gestaltungsoptionen des Rechtsextremismus bzw. Demokratie geleitetes Argumentationstrainings für diesen Bereich.

2. Jugendeinrichtungen werden nach Bedarf einschlägig beraten und in einer Region miteinander ins Gespräch gebracht.
3. Für die Vor- und Nachbereitung von Zukunftswerkstätten bzw. Zukunftskonferenzen und deren Moderation haben inzwischen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Teams ein Zertifikat erworben und nutzen diese Instrumente in ihren Arbeitsfeldern
4. Lokalhistorische Studien (z. B. in der Form von Geschichtswerkstätten) werden angeregt, mitunter begleitet.

Zum Thema Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt

Als besondere Herausforderung gelten für das Team Straftaten auf rechtsextremen und rassistischen Hintergrund, insbesondere brutale Straftaten. Die Erfahrung zeigt, dass sowohl in der unmittelbaren Begleitung von Menschen vor Ort nach Straftaten als auch im präventiven Bereich die Arbeit des Teams gefragt ist: Es geht zum Beispiel darum, Kommunalpolitiker (häufig ehrenamtliche) darin zu unterstützen, die demokratische und mitfühlende Haltung des Gemeinwesens angemessen zu artikulieren und die notwendigen kommunalen Erfordernisse zu gestalten. Der Umgang mit der Presse und andere ungewohnte Herausforderungen überfordern mitunter die örtlich und regional Verantwortlichen. Dem hat sich das Team bei Bedarf zu stellen. Ganz besonders aber ist das Team gefordert, wenn es um den angemessenen Umgang mit Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt geht. Die Art des Umgangs von Menschen mit den Opfern sagt Grundlegendes aus über den inneren Zustand der Gesellschaft. Die



Zeiten, in denen Opfer sich fast zu entschuldigen hatten, wenn die Gesellschaft wegen eines „Vorfalls“ in Unruhe geriet, scheinen in Brandenburg Gott sei Dank der Vergangenheit anzugehören. Neben der wirklich gewachsenen Sensibilität von Polizeibeamtinnen und Beamten mit den Opfern und deren Angehörigen macht das MBT die Erfahrung, dass sich in der Gesellschaft Gruppen mit hoher Fachkompetenz des Problems der angemessenen Begleitung mit den Opfern und ihren Angehörigen angenommen haben. Psychologische und traumatologische Beratung einerseits (Opferberatungsstellen), andererseits eine soziale Begleitung der Opfer, die zugleich die notwendige Auseinandersetzung der demokratischen Öffentlichkeit mit den Vorgängen und Hintergründen befördern will (Opferperspektive Brandenburg e.V.) sind heute für unser Bundesland unverzichtbar geworden.

Das MBT pflegt zu ihnen verlässliche Arbeitskontakte. Die Arbeitsweisen der Gruppen für Opferberatung, -begleitung und -schutz haben sich im Lauf der Jahre professionalisiert und gelten unter Fachleuten als beispielhaft. Sie sind neben ihrer unmittelbaren Schutzfunktion ebenso wichtig dem präventiven Bereich gesellschaftlichen Handelns zuzurechnen: Sie zeigen durch gute Öffentlichkeitsarbeit an, dass potentielle Opfer, bzw. „Opfergruppen“ mit solidarischen Handeln aus der Gesellschaft rechnen können. Zu-

Gesichter und Gedanken von Menschen, die hier leben

THEMA

Zu Hause in der Fremde

Ein fotografisch-literarischer Beitrag zum Thema Multikulturalität

Seit jeher verlassen Menschen den Ort ihrer Geburt und versuchen anderswo bessere Lebensbedingungen, vielleicht auch ein neues Zuhause zu finden. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Manche Menschen werden wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung, wegen sexueller Diskriminierung oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit vertrieben. Andere versuchen Naturkatastrophen, Armut und Not zu entkommen. Einige treibt die Abenteuerlust, und viele folgen dem Ruf der Wirtschaft nach Arbeitskräften.

Gerade das Ruhrgebiet ist einer dieser Schmelztiegel, die von der Immigration ausländischer Menschen leben und mit ihnen wachsen. Anfangs waren es polnische Bauern, die sich in den Kohlegruben verdingten. In den 60iger Jahren wurden Menschen aus Südeuropa gerufen, um in der boomenden Schwerindustrie den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Heute lädt man Menschen aus Indien und Osteuropa ein, damit Deutschland nicht den Anschluß an die sich rasant entwickelnde Computertechnologie verpasst.

Diese Menschen kommen aber nicht nur als Flüchtlinge oder als Arbeitskräfte, sie kommen vor allen Dingen als Menschen mit einer eigenen Identität, mit eigenem sozialen und kulturellen Hintergrund, mit eigenen Erwartungen, Hoffnungen und Ängsten. Als solche kommen sie jedoch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit so gut wie nicht vor.

Wenn MigrantInnen öffentliches Thema sind, dann als Gefahr für die eigene „Leitkultur“, als Wirtschaftsfaktor oder als Opfer von rechtsradikalen Anschlägen, die man im Glauben zu wissen, was gut für sie ist, betreuen kann. Äußerst selten jedoch kommen sie als das vor, was sie sind: eigenständig denkende und handelnde Menschen.

Die großartige Chance, die sich aus dem Zusammentreffen verschiedener Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund ergeben kann, nämlich sich gegenseitig durch den Austausch verschiedener Lebensarten, Betrachtungsweisen und sozialer Gewohnheiten zu bereichern, wird vertan. Ein Dialog findet so gut wie gar nicht statt.

Unser Projekt ist ein Angebot, diesen Dialog zu beginnen.

(Marion Schweizer und Jonas Lanig in ihrem Buch „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Siehe auch Seite 32 dieser „info 110“)

In dem Buch werden Arbeiten des Bildjournalisten Bernd Schäfer präsentiert, der das Projekt gemeinsam mit Sabine Wings vor mehr als drei Jahren ins Leben gerufen hat. In dieser Zeit waren beide unterwegs, um Menschen unterschiedlicher Herkunft, Bildung, Altersstufen und sozialer Schichten in ihrem vertrauten Umfeld zu interviewen und zu porträtieren.

Das Ergebnis ist sowohl sehens- als auch lesenswert. 26 Personen werden nicht nur fotografisch vorgestellt, sondern sie kommen ebenso mit den dargestellten Original-Interviews zu Wort. Wie die Initiatoren selbst, werden viele Betrachter von den einzelnen Aussagen überrascht sein. Oft sind sie getragen von kritischer Sympathie, zeugen ungeachtet der unterschiedlichen Bildungsgrade von menschlicher Reife und hoher Urteilskraft, fern von jeder Polemik. Obwohl sie sich durchaus voneinander unterscheiden, haben sie fast alle eines gemeinsam: „Wenn man gewillt ist, sich wirklich darauf einzulassen, relativiert sich sowohl die Sicht des Anderen, angeblich Fremden, wie auch die von sich selbst. Der Andere erscheint plötzlich gar nicht mehr so viel anders zu sein, hat ähnliche Erwartungen vom Leben, Hoffnungen und Ängste wie wir selbst“, fasst Bernd Schäfer zusammen.



Wolfram Hülsemann (links oben) und die Mitarbeiter der Mobilen Beratungsteams während ihres monatlichen Arbeitstreffens am 16. Juni 2003 in Flecken-Zechlin

gleich lernen potenzielle Täter, dass sich die Gesellschaft nicht „verstoßen“ abwendet, sondern für die Opfer angemessene Öffentlichkeit herstellt und die Taten der Gewalttätigen ächtet. Opferschutz und Opferhilfe müssen demzufolge als vitaler Ausdruck humaner Werteeinerinnerung verstanden werden. In diesem Sinne ist Schutz der Opfer stets als politischer Akt aus der Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger zu begreifen. Dafür wirbt das MBT immer wieder um Verständnis in seinen eigenen Beratungszusammenhängen.

Eine Schlussbemerkung

Arbeitsansatz und Arbeitsweise des Mobilen Beratungsteams „Tolerantes Brandenburg“ haben sich nach den Aussagen von Politikern des Landes und von begleitenden Wissenschaftlern bewährt. Inzwischen haben Bundesprogramme (CIVITAS und XENOS) die Mobile Beratung zur Vorlage genutzt, um in anderen Bundesländern ähnliches zu ermöglichen. Der Vergleich zeigt, dass sich die Landesverantwortung für solche Beratung als bessere, weil sachkundigere erweist! Dennoch unterstützt das MBT nach Maß seiner Möglichkeiten beratend die Arbeit in den anderen östlichen Bundesländern.

*Wolfram Hülsemann
Leiter MBT*



Flächendruck und täterorientierte Maßnahmen gebündelt

THEMA

Das Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung „Politisch Motivierter Kriminalität“ (PMK) nimmt die Polizeibehörde insgesamt in die Pflicht. Jede Polizistin und jeder Polizist sind hier gefordert, ob als Revierpolizist (RePo), als Einsatzsachbearbeiter, als Kriminalsachbearbeiter oder Sachbearbeiter Prävention. Die Führungskräfte, voran die Präsidentin und die Schutzbereichsleiter sehen sich verantwortlich dafür, dass die PMK wirksam bekämpft wird.

Die Freiheiten, die das Handlungskonzept zur Bekämpfung der PMK bietet, hat das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) genutzt, um bewährte Repressions- und Präventionsstrategien auf allen Ebenen zu verzahnen und der Bekämpfung der PMK eine hohe Priorität zuzuweisen, obwohl sie in der Gesamtheit der Kriminalität quantitativ eher unbedeutend ist.

Ohne die traditionellen Maßnahmen der Bekämpfung der Erscheinungsweisen zu vernachlässigen, gehen die Dienststellen des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) als fachlich versierte Partner gesamtgesellschaftlich an die Ursachen von Extremismus und Gewalt heran. In diesem Kontext ist auch die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und Einrichtungen zu nennen. Beispielgebend sei hier auf das Projekt „Desintegrationsprozesse einer modernen Gesellschaft“ verwiesen, in welches u. a. die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und die TU Berlin eingebunden sind.

Zügige Aufklärung der Straftaten und mehr Haftbefehle

Das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) arbeitet enger denn je mit der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg zusammen. Dadurch konnten Lagerkenntnisse zu extremistischen Organisationen, die ihr Hauptwirkungsfeld im Polizeibezirk des PP FF haben, zeitnah zusammengeführt und sorgfältig abge-

stimmt präventive und repressive Maßnahmen durchgeführt werden.

In ihrer Gesamtheit drängen die Lagezahlen für das PP FF weiterhin nachdrücklich auf eine wirkungsorientierte Bekämpfung der PMK, wenn denn deren Priorität bedacht wird. Immerhin konnten die öffentlichkeitswirksamen politisch motivierten Straftaten, und dies sind in der Regel Gewaltdelikte gegen Fremde im öffentlichen Raum, durch das enge Zusammenwirken der Schutzbereiche und des 2. Kommissariats im Polizeipräsidium zügig aufgeklärt worden. Wichtig ist mir hier die Feststellung, dass sich nicht an Zuständigkeiten „gerieben“ wurde, sondern die gemeinsame Verantwortung die polizeilichen Maßnahmen bestimmte. Dies ist uns im PP FF gut gelungen, was letztlich eine erfreulich hohe Zahl erwirkter Haftbefehle gegen politisch motivierte Gewalttäter untermauert.

Die seit dem 01.07.02 bestehende Struktur hat sich bewährt. Mit den Jugendkommissariaten bei der Kriminalpolizei in den Schutzbereichen und dem 2. Kommissariat im Polizeipräsidium verfügen wir über hochspezialisierte Organisationseinheiten. Die K-Leiter können selbst die „innere Struktur“ des Kommissariats Jugend/MEGA/TOMEG den Erfordernissen entsprechend ausgestalten. Die örtlichen und regionalen Lagen im Aufgabenfeld der PMK sind unterschiedlich, jedoch ist die Affinität zur Jugenddelinquenz auffällig. Es gilt, Flächendruck und täterorientierte Maßnahmen in den Schutzbereichen zu bündeln.

Einige Startprobleme gab es auch. So war z.B. aufgrund der neuen personellen Zusammensetzung eine gewisse „Findungsphase“ unabdingbar oder es musste bei den teilweise neu hier eingesetzten Polizeibeamten dem Fortbildungsbedarf Rechnung getragen werden.

Organisatorischen Lücken geschlossen

Das 2. Kommissariat hat sich neben der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung von Straftaten überörtlich agierender, vornehmlich extremi-

stisch geprägter Täter verstärkt auf qualifizierte präventiv-polizeiliche Einsatz- und Ermittlungsmaßnahmen ausgerichtet, um den eher örtlich ausgerichteten MEGA- und TOMEG-Ansatz im überregionalen Rahmen zu ergänzen. Durch die im Fachkommissariat z. Z. im Aufbau befindlichen operativen Teams, die anlassbezogen auch als Rumpfpersonal für Maßnahmen nach dem

Fahndungs- und Aufklärungskonzept Staatsschutz (FAKS) eingesetzt werden sollen, wird im PP FF eine organisatorische „Lücke“ geschlossen. Damit einhergehend ist angestrebt, die dislozierten MEGA-Kräfte der Schutzbereiche zusammen mit den operativen Teams des 2. K. bei herausragenden Gefährdungslagen im Aufgabenfeld des Polizeilichen Staatsschutzes zum Einsatz

Rechtsextremistische Schläger zu Haftstrafen verurteilt

Wegen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung (und in Einzelfällen weiterer Straftaten) wurden 4 Beschuldigte von der Staatsanwaltschaft Neuruppin angeklagt und in der Hauptverhandlung am 10.06.2003 zu Freiheitsstrafen zwischen 7 Monaten und 1 Jahr und 8 Monaten verurteilt. Folgender Tatverlauf ging dem voraus:

4 Tatverdächtige im Alter zwischen 17 und 32 Jahren wurden in den Morgenstunden des 17.02.2003 von Polizeikräften festgenommen. Sie stehen im dringenden Tatverdacht, am Samstag, dem 01.02.2003, in den Abendstunden den Jugendtreff in der norduckermarkischen Gemeinde Klockow heimgesucht zu haben. Dort hielten sich mehrere Jugendliche auf, die sich teilweise zur linken Szene zählen. Nach gegenwärtigen kriminalpolizeilichen Ermittlungen waren die größtenteils arbeitslosen Beschuldigten – der älteste wohnt in der Uckermark, die anderen in Mecklenburg-Vorpommern – kurz nach 20 Uhr in den Jugendtreff gekommen. Offenbar suchten sie Streit und bedrohten die Anwesenden massiv. Dabei blieb es jedoch nicht, mit Fäusten wurden mehrere Jugendliche geschlagen, ebenso mit Füßen / Spingerstiefeln brutal getreten. Die 4 Geschädigten im Alter zwischen 17 und 20 Jahren erlitten Verletzungen und mussten sich ärztlich behandeln lassen. Zwei von ihnen brachten an dem Tatabend Rettungskräfte in ein Krankenhaus. Desweiteren leisteten die unter Alkoholeinwirkung stehenden Schläger Widerstand gegen eingesetzte Polizeibeamte und riefen u.a. Hitlerparolen.

Das Amtsgericht Neuruppin erließ gegen alle Tatverdächtigen Haftbefehle wegen Flucht - und Verdunklungsgefahr.

Die Vorbereitungen der Polizei bezüglich Durchsuchungen und Festnahmen konnten erfolgreich realisiert werden. In Regie des Kommissariats Jugend/TOMEG/MEGA des Schutzbereiches Uckermark wurde der Einsatz vorbereitet. Besonders erwähnt sei auch die gute Zusammenarbeit mit der Polizei des Nachbarlandes, namentlich den Kolleginnen und Kollegen von der Polizeidirektion Anklam (MAEX) und der Inspektion Pasewalk, die mit im Einsatz waren.

Mit etwa 20 Beamten erfolgte zeitgleich um 06.30 Uhr der Zugriff. Bei den Durchsuchungen konnten u.a. beschlagnahmt werden: Spingerstiefel, diverse Tonträger mit indiziertem Inhalt, eine Reichskriegsflagge, Bildmaterial zur Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie entsprechende Bestellkataloge, ein Baseballschläger, ein Seitengewehr, ein Patronengurt mit Platzpatronen, Pistolen-Platzpatronen und eine Gaspistole.

Burkhard Heise
Pressesprecher SB Uckermark

Während des Polizeieinsatzes
in Klockow beschlagnahmte
Devotionalien



Die Präventions-berater ziehen mit

THEMA

zu bringen. So wird im Rahmen des 1. Angriffs das Wirkungspotential der Polizei erhöht.

Bereits unmittelbar nach dem Start in die neue Polizeistruktur hat sich für das PP FF eine Arbeitsgruppe konstituiert, die erkennbare Schwach- und Schnittstellenprobleme analysierte und darauf beruhende Handlungsoptionen erarbeitete. Ausgangspunkt hierfür war die insbesondere im 2. Halbjahr 2002 rückläufige Aufklärungsquote im „Deliktsfeld PMK“. Im Ergebnis ist ein Vorschlag für ein Handlungskonzept des PP FF zur Bekämpfung PMK entwickelt worden, welches unter Beteiligung aller Dienststellen intensiv diskutiert worden ist.

Einige Schutzbereiche haben schon aufgrund dessen lageangepasst die Jugendkommissariate in ihren Auswerte- und Analysekomponenten gestärkt. In diesem Kontext muss ich auch darauf hinweisen, dass als derzeit wesentlichste Schwachstelle im Gesamtsystem der Bekämpfung PMK das Informationsmanagement erkannt ist. Dieses Problem ist konzeptionell angegangen worden: Ein Verzeichnisverzeichnis für eine allen Dienststellen zur Verfügung stehende Auswerte-Datei Staatsschutz (ADS) auf Polygon-Basis wurde erstellt, die damit verbundenen technischen Maßnahmen wurden eingeleitet. Im Interesse des in der Umsetzung befindlichen landesweiten Auswertesystems Staatsschutz haben wir jedoch von dieser „Insellösung“ für das PP FF Abstand genommen.

Mit Blick in die Zukunft bin ich gewiss, dass sich die Effizienz der Einsatz- und Ermittlungsmaßnahmen zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität im PP FF weiter erhöht. Die Gewähr hierfür bieten die hochmotivierten Mitarbeiter, die nach den bisherigen Erfahrungen eigenverantwortlich mit viel Ideenreichtum und Kreativität die Polizeistruktur und damit auch die polizeilichen Maßnahmen sozusagen „von unten“ mit Leben ausfüllen.

Winfriede Schreiber
Polizeipräsidentin Frankfurt (Oder)

Nicht nur Polizei und Justiz sind bei der Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) gefordert. Nur in enger Zusammenarbeit von Kommunen und Polizei kann PMK erfolgreich und nachhaltig bekämpft werden. So befassen sich die Sicherheits- und Präventionsberater des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) ebenfalls mit dem Handlungskonzept der Polizei zur Bekämpfung der PMK eingehend und setzen es in ihrer täglichen Arbeit um. Sie sensibilisieren die Verantwortungsträger für präventive Maßnahmen, führen die beteiligten Kräfte zusammen und bündeln ihre Aktionen.

Mit einem regelmäßigen Informationsaustausch, insbesondere mit den Landespräventionsräten, den Ausländerbeauftragten, den örtlich zuständigen Schul- und Jugendämtern sowie verschiedenen Vereinen sprechen die Sicherheits- und Präventionsberater des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) kontinuierlich eine möglichst breite Ebene in den Landkreisen und kreisfreien Städten an. Ständige Schwerpunktthemen sind dabei Rechte Gewalt und Ausländerfeindlichkeit. Hier einige Beispiele dafür, wie Sicherheits- und Präventionsberater des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) das Handlungskonzept in ihren Landkreisen umsetzen.

POR Bernd Schneider, Sicherheits- und Präventionsberater des Landkreises Spree-Neiße:

Mit der Ausländerbeauftragten des Landkreises und dem mobilen Beratungsteam „Tolerantes Brandenburg“ werden regelmäßig Absprachen zu anstehenden Problemen der PMK getroffen. Die Teilnehmer erörtern gemeinsam die Tendenzen der PMK und bestimmen Wege der Zusammenarbeit mit weiteren Partnern in den Städten und Gemeinden. In der Stadt Spremberg existiert der „Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit“. Seine Vertreter aus der Stadtverwaltung, der Polizei sowie die Sicherheits- und Präventi-

onsberater beschäftigen sich regelmäßig mit ausgewählten Problemen der PMK. Insbesondere werden Maßnahmen zum Schutz und der Integration ausländischer Mitbürger und der Bewohner des Asylbewerberheimes besprochen.

Einen anderen Weg ging POR Schneider in der Stadt Guben:

Das ausländerfeindliche Image der Stadt führte in den vergangenen Jahren immer wieder zu spontanen Arbeitstreffen der Stadtverwaltung, der Polizei, des BGS, des Zoll und des Amtsgerichts. Die gewachsene Zusammenarbeit und der regelmäßig notwendige Informationsaustausch zwischen den Partnern war Veranlassung, ein konkretes Handlungskonzept zu erarbeiten. Am 24.02.2003 unterzeichneten Vertreter der Stadtverwaltung, der Polizei, des BGS, des Zoll und des Amtsgerichtes die „Arbeitsrichtlinien des Sicherheitsnetzwerkes“, dessen große Themen die „Kommunale Kriminalitätsverhütung“ und die Verkehrssicherheit in der Stadt Guben sind.

PD Bernhardt Roigk, Sicherheits- und Präventionsberater der Stadt Cottbus stellte fest, dass sich in der Stadt Cottbus in der Vergangenheit ein breiter gesellschaftlicher Widerstand gegen „Rechts“, vor allem aber gegen rechte Gewalt bildete. Er sieht es als eine wichtige Aufgabe in seiner Tätigkeit an, u.a. mit diesen Kräften eng zusammen zu arbeiten.

Mit dem Präventionsrat der Stadt Cottbus und dem Aktionsbündnis „Cottbuser Aufbruch gegen Rechts“ sprach PD Roigk über die Inhalte und Aufgaben aus dem Handlungskonzept und welche präventiven Möglichkeiten im Kampf gegen die PMK genutzt werden können. Vor den Mitgliedern des Cottbuser Aufbruchs erfolgte durch den Sicherheits- und Präventionsberater sowie den Leiter K des Schutzbereiches eine umfassende Berichterstattung zur vollzogenen Polizeireform und zur allgemeinen Sicherheitslage in Cottbus. In einer angeregten Diskussion wurde zu den Übergriffen rechter Straftäter auf dem Cottbuser Weihnachtsmarkt und im Stadtteil Schmelwitz ein gemeinsamer Stand-

Zu Hause in der Fremde

Weißt du, was ich eigentlich vermisse, weshalb ich sage, ich bin heimatlos und identitätslos ... ich vermisse meine Kindheit. Die habe ich nicht hier verlebt. Also, ich kann nicht sagen, mit dem bin ich zur Schule gegangen, mit dem haben wir Obst beim Nachbarn geklaut ... gar nichts. Ich bin erst als erwachsener Mensch nach Deutschland gekommen. Deshalb denke ich, dass ich immer noch nach Chile tendiere. Da finde ich immer noch meine Vergangenheit und meine Kindheit, weil meine Familie noch da lebt und ein paar Freunde ... obwohl Freunde habe ich in Chile kaum mehr, die von damals.



Skinheadkonzerte im südlichen Brandenburg – eine polizeiliche Herausforderung

THEMA

punkt erarbeitet. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, dass nur ein breites Bündnis von engagierten Bürgern und Vereinen sowie eine gesellschaftliche Unduldsamkeit derartigen Erscheinungen entgegenwirken kann. Es wurde vereinbart, dass die Polizei, insbesondere der Sicherheits- und Präventionsberater, an zukünftigen Treffen des Aktionsbündnisses teilnimmt.

POR Horst Bergemann, Sicherheits- und Präventionsberater des Landkreises Oberspreewald-Lausitz äußerte zu seiner Tätigkeit:

Schwerpunkte bilden die Wissensvermittlung bei verschiedensten Erziehungsträgern, die Sensibilisierung der kommunalen Verantwortungsträger und die Projektarbeit. Neben der planmäßigen Fortbildung von Lehrern und Mitarbeitern des Jugendamtes fanden unter Federführung des Präventionsrates u.a. am 02.04.2003 eine Besprechung der Schulsozialarbeiter mit Mitarbeitern des Aktionsbündnisses „Tolerantes Brandenburg“ und am 07.05.2003 mit Streetworkern und Sozialarbeitern statt. Am 14.06.2003 wurde eine ganztägige Fachtagung zum Thema Präventionsarbeit in der Schule mit dem Direktor des Amtsgerichtes Cottbus, Wolfgang Rupieper, durchgeführt. Die kommunalen Verantwortungsträger werden quartalsmäßig schriftlich über alle relevanten Probleme bei der Kriminalitätsbekämpfung in Kenntnis gesetzt.

Fazit

Mit den Sicherheits- und Präventionsberatern bei den Landräten und den Oberbürgermeistern hat die Polizei in Brandenburg bundesweit neue Wege beschritten. Es ist ihnen gelungen, verschiedene Partner auf breiter Ebene in die Arbeit für mehr Sicherheit und bessere Prävention einzubeziehen. Diese gute Zusammenarbeit der Polizeibehörden mit den Landkreisen und kreisfreien Städten hat sich bei der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität bewährt.

Silke Zeugner
Stabsbereich 4

Wer als „Durchschnittsbürger“ den Begriff Konzert hört, wird damit sicherlich Assoziationen zu einem festlichen Saal mit klassischer Musik, einer gefüllten Stadthalle mit Schlagersängern oder volkstümlichen Weisen – je nach Alter und Geschmack – auch vielleicht zu einer Freiluftveranstaltung mit Phil Collins oder den „Toten Hosen“ haben.

Alles „rechtens“?

In der Regel sind solche Veranstaltungen zum reinen Konsum der dargebotenen Musik angedacht. Zuständig ist demzufolge, sowohl bei öffentlichen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen als auch unter freiem Himmel, das jeweilige Ordnungsamt. Bei diesem müssten diese Veranstaltungen angemeldet werden, damit das Ordnungsamt eine Möglichkeit zur Prüfung des geordneten Ablaufes der Veranstaltung hat. Demzufolge könnten hier sogar Bestimmungen über Hygienevorschriften, zum Brand- und Jugendschutz, dem Gewerberecht und möglicherweise sogar Steuerrecht eine Rolle spielen.

Auf die subsidiäre Zuständigkeit der Polizei sei bereits an dieser Stelle hingewiesen.

Mehr als ein musikalisches Event

Doch die Veranstaltungen werden konspirativ vorbereitet. Säle oder Räume werden unter Legenden wie z.B. Geburtstagsfeiern, Punkkonzerte oder Klassentreffen angemietet, so dass teilweise nicht einmal die Vermieter etwas davon mitbekommen. Bis zum Tag des Konzerts kennen den Ort nur die Organisatoren, meist Straftäter mit rechtsextremer Motivation, die das Publikum mittels Handy, Handzetteln und Lotsen vor Ort bringen. Dort fallen innerhalb von wenigen Minuten Fahrzeuge aus aller Herren Bundesländer ein. Erst wenn sie sich sicher sind, dass die Polizei nicht stören wird, kommt das Musikequipment mit einem Transporter nach. Bei Auflösungen derartigen Veranstaltungen wurden

bisher mehrfach Polizeibeamte massiv angegriffen, fremdenfeindliche und verfassungswidrige Parolen wurden skandiert. Die festgestellten Waffen, Fanzines mit angeblich „nationalen“ Inhalten, die Aufdrucke auf den T-Shirts, ja sogar die freigelegten Tätowierungen auf den Körpern der Teilnehmer begründeten vielfach die Einleitung von Strafverfahren – von den Texten der gesungenen Lieder ganz zu schweigen. Es treffen sich zumeist Jugendliche, Heranwachsende und Jungerwachsene, die aus ihrer schlecht versteckten nationalistischen Gesinnung keinen Hehl, sondern – schlimmer noch – Ernst machen. Gepaart mit reichlich Alkoholgenuß und der gewissen Gruppendynamik lässt sich hier schnell eine Gefahrenprognose herleiten.

Seit den Verboten von rechtsextremistischen Vereinen Anfang bis Mitte der neunziger Jahre hat sich die Anzahl der Skinheadkonzerte in Brandenburg durch präventive und repressive polizeiliche Maßnahmen deutlich reduziert. Die letzten beiden Konzerte dieser Art im Schutzbereich Elbe-Elster fanden 1998 in Hirschfeld und 1999 in Massen bei Finsterwalde statt. Oder besser gesagt: *nicht*, denn beide Veranstaltungen wurden durch starke Polizeikräfte aufgelöst.

Ein Problem lösen, bevor es entsteht

Freitag, den 9. Mai 2003, gegen 14:00 Uhr warnt ein Fax: „Am Wochenende kann es im Land Brandenburg zu Skinheadkonzerten kommen.“

Die Maßnahmen laufen dann in jedem Schutzbereich wahrscheinlich ähnlich und routinemäßig ab. Kräfte überprüfen, Aufklärung durch MEGA intensivieren, Kontaktaufnahme mit den Ordnungsämtern, Revierpolizisten zu Ermittlungen in Gaststätten und Vereinslokale entsenden, mögliche BAO und insbesondere Führung vorbereiten, alle Kräfte des WWD mit der Wochenendaufgabenstellung für ein solches mögliches Ereignis sensibilisieren u.v.a.m.

Am Samstagabend, dem 11. Mai 2003: erste Erkenntnisse der Auf-

klärung – Geburtstagsfeier in einer Gaststätte in Grünewald (unserem Nachbartschutzbereich) mit Zulauf entsprechenden Klientels. Mehrere Fahrzeuge aus Sachsen nehmen Kurs auf Brandenburg, Ihre Spur verliert sich in Plessa, in unserem Schutzbereich. Als wir den Veranstaltungsort finden, stehen bereits 30 Fahrzeuge auf dem abgeschotterten Hof. Mit mindestens 30, möglicherweise aber auch 120 Personen, musste gerechnet werden. Sofort wurde der zuständige Amtsdirektor informiert, der sofort eine mündliche Verbotserklärung erließ. Diese wurde ignoriert. Daraufhin bat er die Polizei um Vollzugshilfe, die bereits weitere ca. 70 anreisende Personen mit über 20 Fahrzeugen – vorwiegend aus dem Raum Dresden – kontrollierte, deren Identität feststellte und Platzverweise erteilte.

Ein Ablenkungsmanöver

Mit Hilfe der parallel angeforderten Unterstützungskräfte lösten wir die Veranstaltung auf. Insgesamt wurden 144 Personen identifiziert und 54 PKW durchsucht, allerdings keine Musikinstrumente gefunden. Die sächsische Polizei wurde kontaktiert. Der Informationsaustausch und die Ermittlungen zum Objekt führten zum Verdacht, dass das Skinheadkonzert in Grünewald nur ein Ablenkungsmanöver für die Polizeikräfte in Brandenburg gewesen sein könnte. Daraus ergibt sich die Frage: Ablenkung wofür? Die Auswertung der Personalien er-



gab, dass sich unter den 144 kontrollierten Personen mindestens 7 Mitglieder der Führungsmannschaft der „SSS“ (Skinheads Sächsische Schweiz) befanden. Die „SSS“ ist eine rechtsextremistische Organisation, die sich im Jahr 1996 gründete und im Jahr 2001 durch das sächsische Staatsministerium als Verein verboten wurde. Gegen einen großen Teil der Führungsmannschaft dieses verbotenen Vereins liefen in Sachsen Gerichtsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Ende Mai erging dazu das Gerichtsurteil in Dresden, wonach die Beschuldigten zwar für schuldig befunden wurden, jedoch lediglich Bewährungsstrafen ausgesprochen wurden. Und just am Tag nach der Urteilsverkündung war in Plessa das gleiche Schauspiel zu erleben – mit ähnlichen Ergebnissen wie eine Woche zuvor. Eine Absprache mit dem zuständigen Leitenden Oberstaatsanwalt führte dazu, dass die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (Fortführen eines verbotenen Vereins) geprüft wird.

Wenn Skinheadkonzerte im Schutzbereich Elbe-Elster nicht zugelassen werden, so muss an mögliche strafbare Zusammenkünfte der Szene der gleiche, wenn nicht sogar ein wesentlich höherer Maßstab gelegt werden. Wir werden weder dulden, dass solche Tätigkeiten aus einem anderen Bundesland in unseren Bereich verlagert werden, noch dulden wir, dass der Wirkungskreis dieser Szene erweitert wird. Dazu werden wir alle notwendigen Maßnahmen ergreifen.

*Sven Bogacz, POR
Schutzbereich Elbe-Elster*

*Nachts an der Kontrollstelle der
Polizei in Plessa am 11.05.2003*



Unser Erfolg strahlt auf die Szene aus

Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten binden anhaltend bedeutende Ressourcen der Polizei. Diese muss durch vorbereitende Maßnahmen in der Lage sein, bei Gewalttaten durch sofortige Sicherungs- und Auswertungssicherung sowie sofortige Fahndungsmaßnahmen die Aufklärung zu beginnen.

Die meisten Gewaltstraftaten entstammen situativer Aggression am Wohnort oder in dessen Nähe, die Tatzeiten erstrecken sich häufig auf Freitag-/Samstagabend bzw. -nacht. Spezielle Kräfte wie TOMEG/MEGA sind zu diesen Zeiten einzusetzen. Soweit derartige Kräfte nicht zur Verfügung stehen, muss der Wachdienst die Aufgaben der ersten Maßnahmen nach Straftaten uneingeschränkt übernehmen können. Ein besonders gelungenes Beispiel aus der Aufklärungsarbeit, bei dem vorbereitende Maßnahmen des Schutzbereiches in Verbindung mit Tatkraft des Dienstgruppenleiters (DGL) erfolgreich waren, hat sich unlängst im Schutzbereich Teltow-Fläming abgespielt. Für diesen Schutzbereich (SB) hatte der Schutzbereichsleiter ein aktuelles Lagebild „Rechts“ erstellt, das auch Details enthielt und offensichtlich bis in den Wachdienst hinein vermittelt worden war. Am Samstag, dem 26.4.2003, gegen 19.05 Uhr, wurde der DGL der PW Jüterbog, POK Tritt, über eine Körperverletzung an einem libanesischen Asylbewerber auf dem Bahnhof Jüterbog informiert, die offensichtlich fremdenfeindlich motiviert war. Bei Eintreffen 10 Minuten später hatten sich mehrere Tatverdächtige bereits entfernt und konnten auch im Rahmen der Nahbereichsfahndung nicht angetroffen werden. Durch sofortige Ermittlungen am Tatort und Befragung des Geschädigten auf der Wache gewannen die einschreitenden Beamten erste Erkenntnisse zu den Tatverdächtigen. Da dem DGL aus

dem Lagebild des SB bekannt war, dass es im Ort eine Wohnung als Treffpunkt einschlägig bekannter Personen gab, ist diese Wohnung bereits ca. 15 Minuten nach den ersten Feststellungen am Bahnhof aufgesucht worden. Dort fand eine Feier einer Gruppe von Personen statt. Infolge der Ermittlungen bei Nachbarn und der Angaben des Geschädigten auf der Wache konnte festgestellt werden, dass einige der Anwesenden erst kürzlich eingetroffen waren und besonders eine Person „verdächtige Spuren“ aufwies. Daraufhin wurden die Personen festgenommen, ein konkreter Tatverdacht ergab sich alsbald gegen drei der Fest-

genommenen. Ab 21.00 Uhr war der Kriminaldienst des SB Teltow-Fläming in die Bearbeitung eingebunden. In der Folge ist der Hauptverdächtige vorgeführt worden, der Richter erließ Haftbefehl, es erfolgte die Einlieferung in die JVA, in der sich der Täter auch heute noch befindet.

Warum ist bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein Erfolg auf genau diese Art und Weise besonders wichtig? Weil er in die Szene ausstrahlt. Er signalisiert: Wir kriegen euch sofort. Wenn wir als Polizei nicht in der Lage sind, eure menschenverachtende Einstellung zu verändern, erhöhen wir doch das Verfolgungs- und Ahndungsrisiko möglichst gegen 100%, weil wir euch kennen. Ihr habt keine Chance!

*Bruno Küpper
Polizeipräsident Potsdam*

Zu Hause in der Fremde



Ich würde den Leuten sagen, daß es sie nichts gekostet hat, Deutscher oder weiß zu sein. Das ist nur Zufall. Jemand sagt mir, du bist Ausländer, Außenseiter ... er oder sie hat es sich nicht gekauft, Deutscher zu sein. Es hat sie nichts gekostet, hier zu sein. Es ist reiner Zufall. ... Jemandes Mutter ist schwanger geworden und hat ihn oder sie hier geboren, es ist Zufall, es ist unbedeutend, es hat die Person nichts gekostet. Wenn jemand aufsteht und mir sagt, er hat viel bezahlt dafür, daß er hier ist, dann würde ich ihm das gerne sagen. Ich möchte, daß die Leute begreifen, daß wir alle gleich sind. Nicht, daß ich das sage, weil ich Ausländer bin oder Leute durcheinanderbringen möchte. Es ist wirklich Zeit, daß die Leute das lernen. Viele Leute reisen auch ins Ausland, einige finden einen Ort, an dem sie leben wollen, sie fühlen sich dort zu Hause. Ich denke, so sollten wir sein.

Verfolgung sog. politisch-motivierter Straftaten im Bereich der Staatsanwaltschaft Neuruppin

THEMA



Gerd Schnittcher, Leitender Oberstaatsanwalt Neuruppin

Straftaten mit (rechts-) extremistischem, fremden- und ausländerfeindlichem Hintergrund beschädigen – von Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der hiesigen Bevölkerung ganz abgesehen – seit vielen Jahren das Ansehen des Landes Brandenburg.

Die Verbreitung dieser Straftaten durch die Presse beschränkt sich keineswegs auf die Bundesrepublik Deutschland oder das europäische Ausland. So berichteten beispielsweise noch jüngst über einen – vergleichsweise noch nicht einmal besonders gravierenden – ausländerfeindlichen Übergriff mehrerer junger Neonazis auf einen Ägypter in der Nähe von Neustadt/Dosse nicht nur die „Märkische Allgemeine“, sondern auch in Kairo und London jeweils in Millionenauflage erscheinende Tageszeitungen. Besorgte Anrufe von Botschaften ausländischer Opfer werden häufiger. Unseren sich bei Anfragen der Auslandspresse wiederholenden Kommentaren, es handle sich nicht um einen „Flächenbrand“, sondern um bedauerliche Verfehlungen Einzelner, wird mit zunehmender Skepsis begegnet. Sich aus alledem ergebende Auswirkungen auf den Standortfaktor für das Land Brandenburg (das nach der Statistik im Bundesvergleich bei Delikten dieser Art nach wie vor „ganz oben“ liegt) sind evident. Manchmal ist es aber auch zum Verzweifeln: Phasen längerer scheinbarer Beruhigung des Problems folgt unvermittelt eine oder gar eine Serie neuer schwerster Straftaten mit erheblicher Resonanz in Presse und Öffentlichkeit. Man fühlt sich manchmal wie Herakles beim Kampf mit der Hydra.

Nährboden

Die Ursache für sog. Politisch Motivierte Kriminalität sind aus unserer (repressiver) Sicht vielfältig. Nährboden für schwerwiegende Taten dieser Art sind in der Regel

- mäßige Intelligenz,
- unzureichende Bildung,
- mangelhafte Erziehung,
- weitgehender Verlust traditioneller Werte,
- unstrukturierte Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit und eine
- erhebliche Gewaltbereitschaft der Täter,
- eine gewisse Gruppendynamik und – dies fehlt fast in keinem Fall – der übermäßige Alkoholkonsum.

Diese Merkmale sind nicht bei allen, aber sehr vielen Gewaltstraftaten anzutreffen. Bei den Taten handelt es sich regelmäßig nicht um wohl vorbereitete Übergriffe, sondern eine situationsbedingte Spontantat, um das zufällige Zusammentreffen von Täter und Opfer mit anschließender Eskalation. Mutmaßungen der Presse, die jeweilige Tat könne einen streng organisierten Hintergrund in der Neonaziszene haben, wird durch uns regelmäßig mit gutem Gewissen (d. h. in Ermangelung entsprechender Erkenntnisse) entgegengetreten.

Prävention durch Repression

Die vorbezeichneten Merkmale liegen sämtlich nicht im Verantwortungsbereich der Strafverfolgungsbehörden. Politisch motivierte Straftaten im Lande Brandenburg und anderswo sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, an dessen Zustandekommen Polizei und Justiz wahrscheinlich den geringsten Anteil haben. Dies hält allerdings einige nicht davon ab, hauptsächlich den Strafverfolgungsbehörden die Lösung des Problems zu überbürden.

Die Hauptursachen sind indes eindeutig im erzieherischen Bereich – Schule und Elternhaus – zu suchen. Die das Land seit Jahren beutelnden Straftaten sind ohne ein nahezu völliges Versagen der jeweils erziehungsberechtigten Personen undenkbar. Verfahren, die uns tiefere

Einblicke in Elternhaus und Schule der Täter ermöglicht haben, haben teilweise deprimierende Situationen offengelegt. Gerade im schulischen Bereich, dies belegen einige Verfahren an meiner Behörde, ist dem Problem des Rechtsextremismus in der Nachwendezeit nicht mit den erforderlichen Mitteln und Maßnahmen begegnet worden. Von dringend erforderlicher Präventionsarbeit konnte hier über viele Jahre keine Rede sein. Nach entsprechenden Vorfällen hat man sich lange Zeit bestenfalls auf zaghafte pädagogische Ansätze verlassen und nicht erkannt, dass dadurch das Phänomen im schulischen Bereich langfristig nicht in den Griff zu bekommen ist. Zu spät ist hier das wahre Ausmaß des Problems erkannt worden.

Obwohl – im Gegensatz zur Polizei – gerade die Staatsanwaltschaft im kriminalpräventiven Bereich keinerlei Aufgaben hat, kommt ihr – was die Prävention politisch motivierter Straftaten angeht – gleichwohl auch hier eine nicht unerhebliche Verantwortung zu. Diese Verantwortung heißt „Prävention durch Repression“. Schnelles Reagieren und Mitwirken an einer gleichermaßen zeitnahen und fühlbaren Ahndung ist die Devise. Die von Kriminalwissenschaftlern vielfach vertretene Auffassung, dass Höhe und Dauer von Strafen nicht dazu geeignet sind, den einzelnen Täter nachhaltig zu beeindrucken oder weitere potentielle Täter von der Begehung von Straftaten abzuhalten, wird bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin so nicht geteilt. Jeder weiß für sich selbst, was Strafen bedeuten und welche Wirkung sie für ein künftiges Verhalten haben. Jedenfalls setzt die Staatsanwaltschaft Neuruppin nach wie vor auf die spezial- und generalpräventive Wirkung von schneller und fühlbarer Strafverfolgung.

Allgemeine Jugendkriminalität

Dies gilt im übrigen nicht nur hinsichtlich der Bekämpfung politisch motivierter Delikte, sondern auch für „allgemeine“ Straftaten jugendlicher und Heranwachsender. Die immer mehr ausufernde Jugendkriminalität gibt gerade bei den allgemeinen Delikten junger Täter

Anlass zum Nachdenken, ob Staatsanwaltschaften und Gerichte sich hier noch auf dem richtigen Weg befinden. Mitunter hat man den Eindruck, Jugendkriminalität werde mit Rücksicht auf den sogenannten Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts eher verwaltet als bekämpft.

Die Erkenntnis, dass es sich bei der Jugendkriminalität regelmäßig um ein – was den Einzelnen angeht – episodenhaftes, sich mit dem Erwachsenwerden verlierendes Phänomen handelt, mag im Kern bei nicht wenigen Tätern zutreffend sein, verstellt einigen Rechtsanwendern allerdings den klaren Blick auf solche Jugendlichen und Heranwachsenden, denen frühzeitig – frühzeitiger als bisher – ein spürbarer „Schuss vor den Bug“ (damit ist nicht die X-te Wiederholung eines oder gar desselben Zuchtmittels gemeint) gesetzt werden muss, bevor man sie zum Intensivtäter werden lässt. Der durch das Land Brandenburg gesetzgeberisch initiierte „Warnschussarrest“ (neben Jugendstrafe zur Bewährung) ist an dieser Stelle ausdrücklich zu begrüßen. Auch an anderer Stelle müssen Jugendliche und Heranwachsende durch den Gesetzgeber härter angefasst werden als bisher. Die weitgehende strafrechtliche Gleichstellung Heranwachsender mit Erwachsenen, eine Heraufsetzung der max. Jugendstrafe für aller schwerste Verbrechen jugendlicher auf 15 Jahre sowie eine Stärkung des Opferschutzes sind die richtigen Ansätze, um einigen Schieflagen im Jugendstrafrecht entgegenzutreten.

Bedeutung der einschlägigen Straftaten

Seit Gründung der Staatsanwaltschaft Neuruppin am 01.12.1993 haben uns politisch motivierte Straftaten im Norden des Landes Brandenburg (Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel und westlicher Teil des Landkreises Uckermark) in Atem gehalten und unsere ganze Aufmerksamkeit gefordert. An dem Verhalten der Täter hat sich im Laufe der Zeit wenig geändert. Eines jedoch ist grundlegend anders geworden: das Nachtatverhalten. Tä-

ter, die sich von der Tat bis in die Hauptverhandlung hinein zu ihrer braunen Gesinnung bekennen, gibt es nicht mehr – oder fast nicht mehr. Man hat aus vielen harten Urteilen gegen Angehörige der Szene gelernt. Die Folge ist: nicht wenige rechtsextreme Taten sind auf den ersten Blick nicht eindeutig als solche zu erkennen und werden im „ersten Angriff“ unzutreffend bewertet. So handelt es sich beispielsweise im allseits in Brandenburg bekannten „Fall Potzlow“ bei oberflächlicher Betrachtungsweise „nur“ um einen gemeinschaftlichen Totschlag an einem Deutschen. Erst bei näherer Untersuchung ergeben sich dann Anhaltspunkte für einen Mord - mit politisch motiviertem Hintergrund. Solche frühen Falschbewertungen sind nicht selten. Polizei und Staatsanwaltschaft sollten sich deshalb hüten, in ersten Presseverlautbarungen einen „politisch motivierten Hintergrund“ der Tat auszuschließen.

Politisch motivierte Straftaten haben bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin vor allen anderen Deliktbereichen absolute Priorität, was sich schon in der Personalausstattung der „politischen Abteilung“ widerspiegelt. Der Einsatz in dieser Abteilung ist zwar wegen der hohen dienstlichen Belastung und des mitunter sehr geringen Freizeitwertes nicht unbedingt beliebt, indes für die weitere dienstliche Laufbahn nicht ohne Bedeutung.

Repression „am Anschlag“

Die in diesem Bereich tätigen Beamten meiner Behörde sind gehalten, den strafrechtlichen Druck auf die Angehörigen der Szene so hoch wie möglich zu halten. Schnell und unter Ausreizung der gesamten Klaviatur der strafprozessualen Möglichkeiten zu reagieren, ist das Motto des Hauses. Neben der extensiv zu prüfenden Haftfrage (bei Jugendlichen mitunter problematisch) wird in jedem Fall die Geeignetheit eines neuen Verfahrens auf eine Aburteilung im beschleunigten Verfahren gem. §§ 417ff. StPO geprüft. Nicht einfache Beweislagen und die Begrenzung des Strafrahmens im beschleunigten Verfahren auf ein Jahr Freiheitsstrafe sowie die leider fehlende Möglichkeit, beschleunigte Verfahren auch gegen Jugendliche mit Verantwortungsreife durchzuführen, zwingen uns nicht selten, den Weg des „normalen“ Anklageverfahrens – hier ebenfalls mit der gebotenen Zügigkeit – zu beschreiten. Rechtskräftige Verurteilungen der Täter innerhalb nur weniger Tage nach der Tat – wie im oben ge-

nannten Fall zum Nachteil des Ägypters - gelingen uns deshalb leider nicht sehr häufig. Der Äußerung des Innenministers des Landes Brandenburg, die Strafverfolgungsbehörden seien - was die Verfolgung der sog. Politisch Motivierten Kriminalität angeht – „am Anschlag“ angekommen, ist uneingeschränkt zuzustimmen. Ich glaube nicht, dass es ein anderes Bundesland gibt, das uns hier noch etwas vormachen könnte. Die in diesem Deliktbereich erreichte Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und insbesondere bei Gericht sowie die Nachhaltigkeit der hier verhängten Strafen wünschte ich mir manchmal auch im Bereich der übrigen Kriminalität, wo allerdings auch die Begrenztheit personeller Ressourcen weitaus mehr durchschlägt als bei nach Auffassung aller Beteiligten besonders hervorzuhebenden Kriminalitätsphänomenen.

Optimierung

Trotz des durch Polizei und Staatsanwaltschaften erreichten hohen Niveaus bei der Bekämpfung politisch motivierter Straftaten in Brandenburg besteht die Möglichkeit, die Strafverfolgungstätigkeit bei diesen Delikten noch zu optimieren. Folgende Stichworte seien hier aus unserer Sicht genannt, bei deren Umsetzung es mitunter noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt:

- Erhöhung der Qualität der „ersten Angriffe“ der Polizei (Wach- und Wechseldienst),
- Vermeidung von Bewertungsfehlern (vgl. oben),
- Sofortige Verständigung der Staatsanwaltschaft nach Bekanntwerden der Tat (Beteiligung der Staatsanwaltschaft am Verteiler der polizeilichen WE-Meldungen im Bereich politisch motivierter Straftaten (als Sicherung für Unterrichtsdefizite)),
- Extensivere Umsetzung der Beschlagnahmemöglichkeiten (welcher Verlust tut dem Täter weh?),
- Frühzeitige Übernahme der polizeilichen Sachbearbeitung durch die Staatsschutzkommissariate der Präsidien oder das Landeskriminalamt (nicht erst am nächsten Vormittag oder nach Tagen),
- Bessere Dokumentation von Wahllichtbildvorlagen in den Akten,
- Erhöhung der Anzahl und Qualität von Wahlgegenüberstellungen,
- Erhöhung des Anteils verdeckter polizeilicher Ermittlungen,
- Einbringung von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes in die Ermittlungsverfahren.

Was strukturelle Erwägungen angeht, so dürfte die Teilung von polizeilichen Schutzbereichen (in meinem Bezirk: SB Uckermark) in zwei teilweise stark unterschiedlich organisierte Staatsanwaltschaften (und damit zwei Landgerichtsbezirke) auch nicht gerade zur Stärkung der gemeinsamen „Kampfkraft“ beigetragen haben.

„Politisch“ motivierte Straftaten

Lassen Sie mich zum Schluss des Beitrages noch auf etwas eingehen, was ich schon seit langem als unpassend empfinde. Gemeint ist die Diskrepanz zwischen dem Erscheinungsbild rechtsextremistischer Taten und Täter und der im Innen- und Justizbereich verwendeten Bezeichnung als „politisch“ motivierte Straftat. Unter Politik oder „politisch“ versteht man lt. Duden ein „auf die Durchsetzung bestimmter Ziele eines Staates und die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parteien und Gruppierungen“. Davon hingegen ist unser rechtsextremes Klientel regelmäßig weit entfernt. Hier werden keine Staatszie-

le verfolgt, sondern dumpf-dreister Primitivität und Aggressivität freien Lauf gelassen.

Resümee

Die Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität im Lande Brandenburg wird auch in Zukunft die ganze Aufmerksamkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft erfordern. Ein Ende oder nur eine dauerhafte Beruhigung dieser Kriminalitätsform zeichnet sich nicht ab. Phasen vorübergehenden Zurückgehens der Taten dürfen nicht zu nachlassender Aufmerksamkeit bei den Strafverfolgungsbehörden führen. Wie bisher sind schnelles Einschreiten, konsequentes Durchgreifen und eine besonders vertrauensvolle Zusammenarbeit, gerade in diesem Bereich ein besonders enger Schulterschluss zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft vonnöten. Auf der einen oder anderen Seite doch noch auftretende Fehler oder Versäumnisse dürfen nur eines zur Folge haben: Daraus gemeinsam zu lernen.

*Gerd Schnittrer
Leitender Oberstaatsanwalt
Neuruppin*

Zu Hause in der Fremde



Fühlst du dich hier akzeptiert? Die Frage stelle ich mir gar nicht. Ich bin ein Teil des Ganzen hier. Ich bin seit 20 Jahren in den gleichen Kreisen. Also, wenn jemand sagt ‚Ausländer raus‘, der regt mich gar nicht dermaßen auf. Ich würde mich natürlich ärgern, aber ich weiß ja, dass es unberechtigt ist, ich gehöre genauso dazu wie der.

Vorortprinzip sichert direkte Information aller Einsatzkräfte

THEMA

Bereits seit Mitte der 80er Jahre sind in Rathenow jugendliche Gruppierungen bekannt, die ohne politische Motivation öffentliche Veranstaltungen stören und untereinander Gewalt ausüben. Damals entwickelte sich die Silvester-nacht in der Stadt Rathenow als ein Höhepunkt für Auseinandersetzungen untereinander oder mit der Polizei.

Anfang bis Mitte der 90er Jahre bildeten sich dann infolge der politischen Wende in der DDR im kriminalgeografischen Raum Rathenow/Premnitz politische Szenen

heraus. Es entwickelte sich eine gewaltbereite linksautonome Gruppierung, die insbesondere durch Störungen bei Festen, durch Hausbesetzungen und durch gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei in Erscheinung trat. Zu diesem Zeitpunkt existierte zwar schon eine rechte Gruppierung, die aber vorerst nur die Auseinandersetzung mit Angehörigen der anderen Szene suchte. In der weiteren Folge erfuhr diese Gruppierung jedoch personellen Zulauf und eine zunehmende Ideologisierung. Dies führte dazu, dass es nicht nur zu Übergriffen auf Angehörige der anderen Szene kommt, sondern auch

ausländische Staatsbürger und Asylbewerber angegriffen werden. Über die beiden genannten Gruppierungen hinaus entstand Ende der 90er Jahre in Rathenow aus jugendlichen Spätaussiedlern eine weitere Gruppierung. Alle diese Gruppierungen, die sich zum Teil gewaltbereit gegenüberstehen, haben bis heute Fortbestand.

Die Gewaltbereitschaft der „linken“ Szene ebte zum Ende der 90er Jahre nach und nach ab. Im Gegenzug bildete sich der kriminalgeografische Raum Rathenow/ Premnitz als ein Schwerpunkt der politisch motivierten Kriminalität – Rechts im

Land Brandenburg heraus. Die Polizei reagierte auf den Anstieg der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten und auf die steigenden Aktivitäten jugendlicher Gruppierungen mit verstärkten Einsatzmaßnahmen. Beginnend im Februar 2000 wurden regelmäßig zu Schwerpunktzeiten Einsätze mit erheblich erhöhten Personalansatz durchgeführt und ein permanenter Druck auf gewaltbereite jugendliche, insbesondere rechte, Gruppierungen ausgeübt.

Im März 2001 wurde die Sonderkommission TOMEG (Täterorientierte Maßnahmen gegen extremi-

Aus der Praxis eines Fachkommissariates

Professionelles Vorgehen führt zu schnellen Ermittlungserfolgen

Die konsequente Verhinderung, Aufklärung und Verfolgung politisch motivierter Straftaten ist lt. „Handlungskonzept zur Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität“ eine vorrangige Verpflichtung der Brandenburger Polizei. Sie ist spezielle Aufgabe von Kräften des Polizeilichen Staatsschutzes. Hier sieht die Geschäftsverteilung für das Kommissariat – PMK im Polizeipräsidium neben anderen Kriterien für die Übernahme von Vorgängen vor allem auch das der herausgehobenen Delikte mit einer außergewöhnlichen Öffentlichkeitswirksamkeit und einer erheblichen Beunruhigung in der Bevölkerung vor. So auch in einem Fall am Nachmit-

tag des 03. August 2002, als der versuchte Mord i.V. mit schwerem Raub zum Nachteil des Mosambikaners Ali Ibrahim in Ludwigsfelde bekannt wurde. Der Geschädigte wurde durch eine Gruppe von Jugendlichen beschimpft, geschlagen und beraubt. Da ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen werden konnte, übernahm das 2. K-PMK die Ermittlungen. Es wurde eine Ermittlungsgruppe mit zeitweise bis zu 10 Beamten gebildet. Am Tatabend sprach einer der Täter das spätere Opfer an und forderte ihn unter dem Vorwand einer Party am Waldstadion auf, mitzukommen. Dort begannen dann nach einiger Zeit die Misshandlungen. Das Martyrium des Geschädigten dauerte zunächst ca. zwei Stunden. Alle Beschuldigten handelten mit unterschiedlichen Tatbeiträgen. Auf den Geschädigten wurde massiv eingeschlagen und getreten. Ihm wurde eine Bierflasche auf dem Kopf zerschlagen. Die Täter sprangen mehrfach auf den Kopf und Oberkörper des Geschädigten. Er musste sich ausziehen

und wurde, als er bereits bewusstlos am Boden lag, mit Bier übergossen. Während der Misshandlungen wurde er als „Neger“, „schwarze Sau“ und „Negersau“ beschimpft. Nach dem Ende der Misshandlungen wurde der Geschädigte bewusstlos sich selbst überlassen. Den entscheidenden Hinweis bekamen die Ermittler von einem Angestellten des Waldstadions in Ludwigsfelde. Er beobachtete am Tatabend mehrere ihm bekannte Jugendliche auf dem Gelände des Waldstadions und den späteren Geschädigten. Nach intensiver Fahndung konnte einer der Tatverdächtigen festgestellt und polizeilich vernommen werden. Er gestand die Teilnahme an den schweren Misshandlungen des Geschädigten und nannte weitere Tatbeteiligte. Der 22-jährige Haupttäter konnte dann am selben Abend noch festgenommen werden. Das Potsdamer Landgericht hat die fünf Beschuldigten nach mehreren Verhandlungstagen inzwischen zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Derartige von Gewalt und Fremdenhass gezeichnete Fälle sind im Land Brandenburg nachweislich die Ausnahme. Sie sind kein Beleg für den gelegentlich unterstellten rechts-



Am Tatort verlorener Ausweis des Opfers. Auch hier war Alkohol im Spiel, wie das rechte Bild zeigt

stische Gewalt) Rathenow gebildet, die dann in der weiteren Folge durch individuelle repressive und präventive Maßnahmen den Druck auf die rechte Szene im Wachbereich Rathenow erhöhte. Infolge der Polizeistrukturreform am 01.07.2002 wurde die Sonderkommission TOMEGRathenow als temporäre Einheit aufgelöst und die Einsatzkonzepte TOMEG und MEGA in einem neugebildeten Kommissariat „Jugend/Täterorientierte Maßnahmen/MEGA/TOMEG“ zusammengeführt.

Den Schwerpunkt bei der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität im Schutzbereich Havel-

land bildet auch weiterhin der kriminalgeographische Raum Rathenow/Premnitz. Derzeit existieren nach wie vor noch rechte Gruppierungen, zu denen sowohl unauffälliger auftretende Erwachsene als auch kriminell aktiver jüngere Personen gehören. Ihnen stehen zwei Antifa-Gruppen gegenüber.

Neue Strukturen erweisen sich als positiv

Mit der Bildung des Kommissariates „Jugend/Täterorientierte Maßnahmen/MEGA/TOMEG“ nahm der Schutzbereich Havelland neue Zuständigkeiten bei der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität wahr. Die Ausgestaltung der neuen Zuständigkeiten verlief im Schutzbereich Havelland unproblematisch, da auf bereits bestehende Erfahrungen aus der Arbeit der Sonderkommission TOMEGRathenow zurückgegriffen werden konnte. Nicht unwesentlich dabei war, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter der ehemaligen Sonderkommission TOMEGRathenow in das neu zubildende Kommissariat „Jugend/Täterorientierte Maßnahmen/MEGA/TOMEG“ übernommen werden konnten.

Mir ist bewusst, dass es hinsichtlich der neu gebildeten Strukturen unterschiedliche Auffassungen gibt, inwieweit sie sich bewährt haben und wie effektiv sie sind. Es muss sich jedoch jeder klar darüber sein, dass die Umsetzung einer neuen Struktur ohne Probleme und Reibungsverluste nicht möglich ist. Des weiteren bin ich der Meinung, dass auch hinsichtlich der Beurteilung der neuen Strukturen eine klare und objektive Analyse Voraussetzung sein muss, um Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Gerade in dieser Hinsicht entsteht oftmals der Eindruck, dass diese Objektivität auf Grund einer sicherlich nachvollziehbaren „Besitzstandswahrung“ zu kurz kommt. Mein Eindruck nach einem Jahr Arbeit in den neuen Strukturen fällt äußerst positiv aus. Natürlich kann man nicht erwarten, dass nach einem Jahr Arbeit alles optimal läuft, doch die Vorteile der neuen Struk-

tur, gerade in Hinblick auf die Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität, liegen meiner Meinung nach auf der Hand. So ist gerade die Rückkehr zum „Vorortprinzip“ ein entscheidender Vorteil bei der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität. In der Vergangenheit waren die Einsatzkräfte der MEGA für ein ganzes Polizeipräsidium verantwortlich, was dazu führte, dass sie nur sporadisch in den unterschiedlichen Bereichen tätig sein konnten. Durch ihre tägliche Arbeit am selben Klientel ist es den Einsatzkräften der MEGA jetzt möglich, Zusammenhänge besser zu erkennen und Situationen klarer zu analysieren. Des Weiteren besteht dadurch auch die Möglichkeit, zeitnah und angemessen zu reagieren. Dadurch, dass man sich kennt, wird auch der Aspekt der möglichen Einflussnahme auf die Szene durch die Polizei erhöht. Unsere Erfahrungen zeigen, dass durch dieses „sich Kennen“ die Hemmschwellen erhöht werden, weil die schützende Anonymität wegfällt und eine persönliche Komponente, trotz bestehender Abneigungen, entsteht.

Zusammenführung der Konzepte führte zu neuer Qualität

Ein weiterer Vorteil besteht meiner Meinung nach darin, dass aktuelle Informationen direkt allen Einsatzkräften zur Verfügung gestellt werden können. In der Vergangenheit entstand bei mir oft der Eindruck, dass Informationssammlung und –auswertung gerade im Bereich der politisch motivierten Kriminalität nur zum Selbstzweck betrieben wurde und die Einsatzkräfte auf der Straße außen vor gelassen wurden. Dies führte in der weiteren Folge dazu, dass sich gerade die Kollegen des WWD und der Revierpolizei nur oberflächlich mit der Problematik der politisch motivierten Kriminalität beschäftigten und immer wieder auf die Spezialisten verwiesen, die ja das nötige Hintergrundwissen hätten.

Die Erfahrung im Schutzbereich Havelland zeigt, dass die Einbeziehung aller Kollegen in die oben genannte Problematik, neue Möglichkeiten eröffnet. Dazu ist es aber notwendig,

extremistischen Flächenbrand in unserer Region. Wenn sie dennoch passieren, können Polizei und Staatsanwaltschaft – wie im oben dargestellten Fall im Deliktfeld der politisch motivierten Kriminalität – landesweit auf ein professionell eingespieltes Vorgehen bauen. Die für den Erfolg der Ermittlungen nicht unmaßgebliche schnelle und qualifizierte Übernahme des Verfahrens durch das Fachkommissariat wurde auch möglich durch die vorbildliche Zusammenarbeit mit den Beamten des Schutzbereiches Teltow-Fläming und der zuständigen Staatsanwaltschaft.

Für den Erfolg der Ermittlungen, besonders bei herausgehobenen Fällen der politisch motivierten Kriminalität, ist der Erste Angriff – zu meist durch Beamte des jeweiligen Schutzbereiches geführt – oft von entscheidender Bedeutung. Nicht immer sind die Tatmotive so klar erkennbar wie im oben aufgezeigten Fall. Daher ist nicht nur für die hinzu gerufenen Spezialisten eine hohe Sensibilität unverzichtbar. Diese Sensibilität wird nicht zuletzt durch konsequente Umsetzung unseres strategischen „Handlungskonzeptes zur Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität“ in allen beteiligten Dienstbereichen erzielt.

Uwe Dinjus
Leiter 2. K

Zu Hause in der Fremde



Das Problem ist, dass die Leute aus Deutschland mit den Ausländern nicht so klar kommen. Sie sind verschlossen gegenüber den Ausländern, sie sind nicht offen, sie sind nur für sich, unter sich – nicht alle deutschen Leute, aber viele sind so. Bei manchen Leuten liegt das nicht daran, dass sie rassistisch sind, sondern sie haben so etwas einfach nicht gelernt. Sie wollen mit Ausländern Kontakt haben, aber sie wissen nicht, wie sie das anfangen sollen. Aber manche Leute wollen auch gar nicht.

THEMA

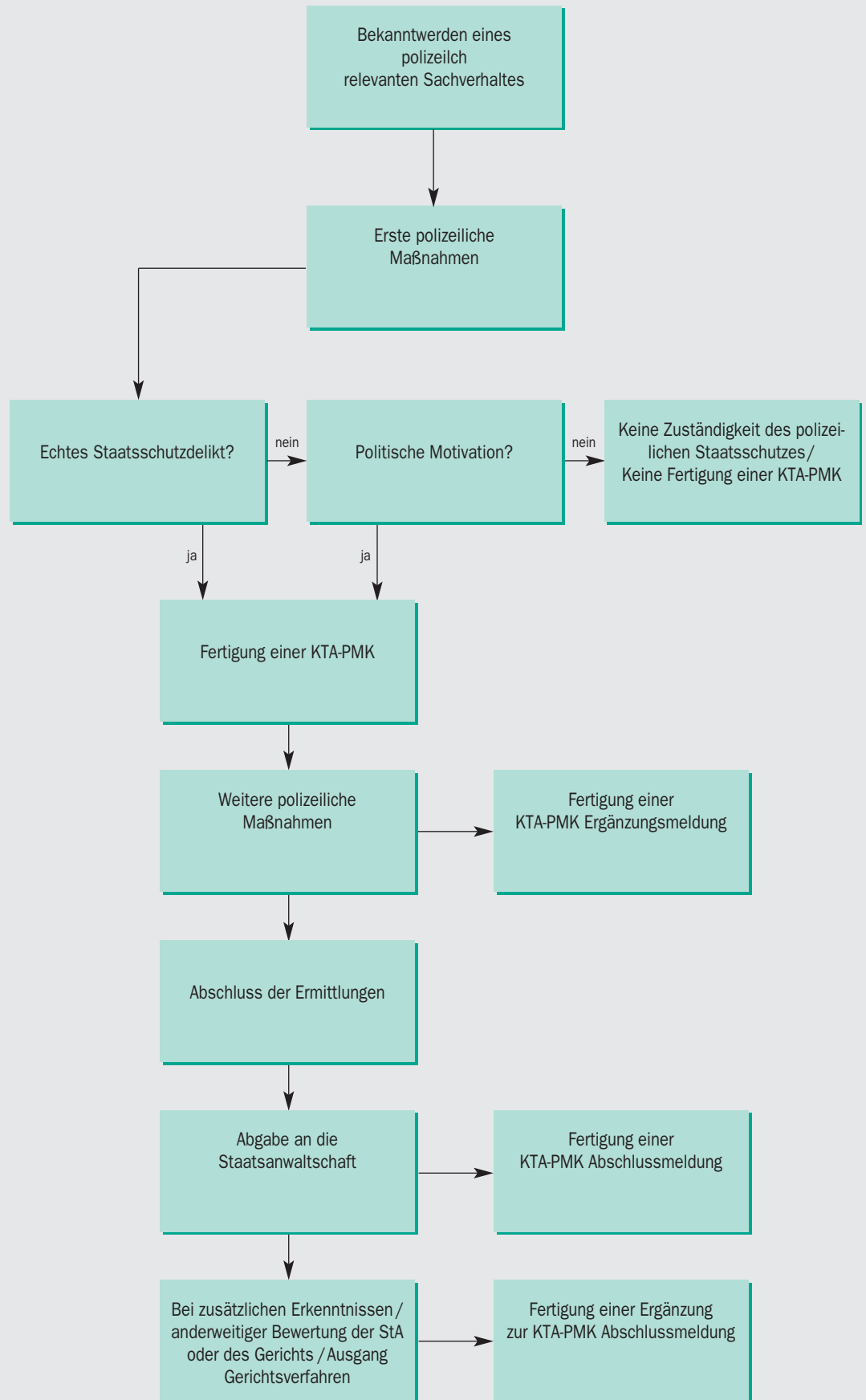
den Kollegen auch die erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Zu den Einsatzkonzepten MEGA und TOMEK ist in der Vergangenheit schon viel gesagt worden. Die Zusammenführung beider Konzepte führte zu einer neuen Qualität, die präventiven und repressiven Maßnahmen in Hinblick auf die Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität eine gleichberechtigte Stellung einräumt und eine Vielzahl von Möglichkeiten eröffnet.

Eine strikte Trennung zwischen MEGA und TOMEK gibt es im Schutzbereich Havelland nicht. So nehmen auch die Beamten der MEGA TOMEK-Aufgaben wahr. Im Schutzbereich Havelland besteht dazu die Auffassung, dass es keine „gute“ (TOMEK) und „böse“ (MEGA) Polizei gibt, sondern nur Polizei, die angemessen und gerecht ihre Aufgaben erfüllt. Dieses Herangehen hat sich im Schutzbereich Havelland bewährt. Außerdem würde eine strikte Trennung meiner Meinung nach zu einer „Pendelpädagogik“ führen, die sich nachteilig auf die Arbeit der Polizei auswirken könnte.

Problematisch erweist sich aus meiner Sicht, dass bei der Schaffung der Kommissariate „Jugend/Täterorientierte Maßnahmen/MEGA/TOMEK“ und der damit einhergehenden erweiterten Aufgabenzuweisung die Informationssammlung /-auswertung nicht vordergründig berücksichtigt wurde. So wäre es meiner Meinung nach notwendig gewesen, jedem Kommissariat Jugend/Täterorientierte Maßnahmen/MEGA/TOMEK eine Stelle für Informationssammlung/-auswertung (Auswerter) zur Verfügung zu stellen. Dies hätte auch verhindert, dass Informationsdefizite bei anderen Dienststellen entstehen, die notwendigerweise ebenfalls auf die Informationen aus den Schutzbereichen angewiesen sind.

*Swen Schäfer
Leiter Kommissariat TOMEK,
MEGA, Jugend im SB Havelland*

Erstellung einer „Kriminaltaktischen Anfrage in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität“ (KTA-PMK)



Einführung zum polizeilichen Definitionssystem „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK)

Die Zuständigkeit der Dienststellen des „Polizeilichen Staatsschutzes“ umfasst traditionell die Verhütung (einschließlich Gefahrenabwehr) und Verfolgung der Staatsschutzkriminalität.

Basierend auf den Straftaten der Abschnitte Eins und Zwei des Strafgesetzbuches (StGB) -Besonderer Teil und in Ableitung der gerichtsverfassungsrechtlichen Zuweisung nach §§ 74a und 120 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) lassen sich die Staatsschutzdelikte im engeren Sinne als traditioneller Kernbereich des „Polizeilichen Staatsschutzes“ bestimmen. Diese richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Staates, beinhalten sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder zielen auf die äußeren Belange der Bundesrepublik Deutschland. Extremismus beinhaltet nach der in der deutschen Polizei gebräuchlichen Definition Bestrebungen zur Systemüberwindung, die sich, auch unter Anwendung von Gewalt, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Dies deckt sich mit den Ausführungen des am 31.12.1990 neu gefasst in Kraft getretenen § 20 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG), der Staatsschutzdelikte wie folgt definiert: „Delikte nach Satz 1 sind die in §§ 74 a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchstabe b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind“. Weiter wird in § 4 Abs. 1, Buchstabe c) BVerfSchG ausgeführt: Im Sin-

ne dieses Gesetzes sind: „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Abs. 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen“.

In der polizeilichen Anwenderpraxis hat der am Extremismus festgemachte Begriff der Staatsschutzkriminalität in der Zwischenzeit allerdings eine tatsächliche Erweiterung erfahren. So wird vom „Polizeilichen Staatsschutz“ – aus nachvollziehbaren Gründen – als sachnächster Spezialdienststelle erwartet, Straftaten und Straftatenkomplexe zu bearbeiten, die nur teilweise dem Extremismus zuzuordnen sind (z.B. fremdenfeindliche Straftaten, Straftaten mit Begründungszusammenhang Kernenergie, Tierschutz oder Gentechnik). Die politische Motivation hat sich als verbindendes Element einer zunehmend einheitlichen Phänomensituation herauskristallisiert und diente deshalb vermehrt als Zuweisungskrite-

rium für die Begründung der Zuständigkeit des „Polizeilichen Staatsschutzes“. Dieses Zuweisungskriterium geht allerdings über den traditionellen Staatsschutzbegriff und die in der deutschen Polizei gebräuchlichen Definitionen von Extremismus (und Terrorismus) hinaus. Bereiche wie fremdenfeindliche Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit Protesten gegen die Nutzung der Kernenergie, der Tierhaltung oder der Gentechnik lassen sich darunter allenfalls zum Teil subsumieren. Bislang wurden diese Straftaten deshalb uneinheitlich erfasst. Dies erforderte eine Veränderung der zu verwendenden Terminologie, insbesondere die Loslösung von der bislang dominierenden Orientierung am Extremismusbegriff hin zu einem Definitionssystem, welches das tausalösende politische Element in den Mittelpunkt stellt. Vor dem Hintergrund, dass die politische Motivation unabhängig vom Merkmal der Systemüberwindung schon überwiegend Zuweisungskriterium für die kriminalpolizeiliche Bearbeitung geworden ist, galt es, die daran anknüpfenden Begriffe entsprechend anzupassen.

Die nachfolgenden Begriffe waren infolgedessen präzise, trennscharf und verbindlich zu definieren:

- Politisch motivierte Kriminalität
- Politisch motivierte Gewaltkriminalität
- Terrorismus

Der politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten, sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben, durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik



Ein Auswerter im Sachgebiet Rechtsextremismus am LKA Brandenburg prüft, ob die Texte der CD volksverhetzend, gewaltverherrlichend oder rechtsextremistischen Inhalts sind



Der Leiter des Sachgebietes Auswertung, Rechtsextremismus, Terrorismus, KOK Peter Rudolph mit seinen Mitarbeitern bei einer Arbeitsberatung

Deutschland gefährden, gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

Darüber hinaus werden Tatbestände gem. §§ 80-83, 84-86a, 87-91, 94-100a, 102-104a, 105-108e, 109-109h, 129a, 234a oder 241a StGB erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann.

„Politisch motivierte Gewaltkriminalität“ ist die Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst folgende Deliktsbereiche:

- Tötungsdelikte
- Körperverletzungen
- Brand- und Sprengstoffdelikte
- Landfriedensbruch
- Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr
- Freiheitsberaubung
- Raub
- Erpressung
- Widerstandsdelikte
- Sexualdelikte.

Terrorismus ist über die terroristische Vereinigung (§ 129a StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende politisch motivierte Ge-

waltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) angesehen, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen. Das Betrachtungsfeld des „Polizeilichen Staatsschutzes“ ist die Gesamtheit der politisch motivierten Kriminalität (PMK). Die PMK bildet sich in den voneinander unabhängigen Dimensionen

- Deliktsqualität
- Themenfeld
- Phänomenbereich
- Internationale Bezüge
- extremistische Kriminalität

mit ihren jeweiligen Ausprägungen ab. Dabei ist lediglich in der Dimension „Themenfeld“ eine Mehrfachabbildung möglich. Dieses System ermöglicht eine differenzierte Auswertung und Lagedarstellung, die Grundlage für effiziente präventive und repressive Maßnahmen sind.

Fazit

Das auf der Definition „Politisch Motivierter Kriminalität“ aufbauende System von Begrifflichkeiten bildet das bereits heute wahrgenom-

mene Aufgabengebiet des „Polizeilichen Staatsschutzes“ realistisch und umfassend ab. Dabei können auch Einzelphänomene in ihrer Gesamtheit erfasst werden, die nur zum Teil von Extremisten besetzt sind, ohne jede Straftat und jeden Täter mit dem unterstellten Motiv der Systemüberwindung belegen zu müssen. Dadurch ergeben sich Chancen einer differenzierten Betrachtung politisch motivierter Kriminalität. Insbesondere in Bereichen, wo individueller Bürgerprotest sich unmittelbar neben extremistischer Gewalt strafrechtlich relevant äußert, verlangen die auf repressive und präventive Maßnahmen und Konzepte ausgerichteten Aufgabenstellungen von Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Politik aktuelle, treffende und trennscharfe Lagebilder. Jede politisch motivierte Straftat ist für den Polizeilichen Staatsschutz relevant. Entscheidend ist, dass Instrumente entwickelt und einheitlich genutzt werden, die im Zuge der Sachverhaltserforschung eine qualifizierende und abgestufte Bewertung zulassen.

*KHK Axel Steinhaus
Landeskriminalamt Brandenburg*

Politisch motivierter Kriminalität – links

werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/Oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z.B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind als linksextremistisch zu qualifizieren.

Politisch motivierter Kriminalität – rechts

werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z.B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind als rechtsextremistisch zu qualifizieren.



Auch bei Durchsuchungen im Zusammenhang mit politisch motivierten Straftaten, sowohl linker wie auch rechter Orientierung, beschlagnahmte Videos müssen auf einen verfassungsfeindlichen Inhalt hin geprüft werden

Politisch motivierter Ausländerkriminalität

werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere, wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen.

Weitere Indizierungen

Am 27. Juni 2003 unterrichtete Innenminister Schönbohm in einer Pressemitteilung die Öffentlichkeit darüber, dass das Brandenburger LKA weitere vier CDs mit rechtsextremistischen Titeln an die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ übergeben hat, um eine Indizierung zu veranlassen. Dabei handelte es sich um die CDs „...außer Kontrolle“ der Gruppe „Bloodshed“, „Vorwärts für Hitler“ der Gruppe „Arisches Blut“, eine Aufnahme der Gruppe „Standarte“ sowie den Skinhead-Sampler „Deutsche Kameraden-Vol. 1“. Die CDs waren bei einer Wohnungsdurchsuchung am 8. Mai 2003 in Seefeld (Landkreis Barnim) beschlagnahmt worden.

Das LKA Brandenburg hat in diesem Jahr nunmehr insgesamt sechs rechtsextremistische Musik CDs, eine CD mit gewaltverherrlichender Musik sowie eine CD-ROM mit rechtsextremistischen Texten an die BPjM zur Indizierung weitergeleitet. Im vergangenen Jahr waren es neun CDs.

Eine Übersicht über weitere Beschlagnahme-/ Einziehungsbeschlüsse zu rechten/rechtsextremistischen, volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Tonträgern (ggf. Verstoß gemäß §§ 86, 86a, 130, 131, 184 u. a. StGB bzw. gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte (GjS) ist im „Info-Blatt-Rechts“ des LKA Brandenburg zu finden. Die Broschüre beinhaltet darüber hinaus auszugsweise eine Zusammenfassung verschiedener Kennzeichen, Symbole, Grußformen, Parolen und Kampfliedern von verfassungswidrigen Parteien, verboten oder noch aktiven, nicht verbotenen rechtsextremistischen Organisationen sowie nicht strafbarer Kennzeichen.



1



3



4



5



2



6

1 1995 rief die linksradikale Zeitschrift „Radikal“, in der auch Anleitungen zum Bau von Brandsätzen und Sprengkörpern veröffentlicht wurden, mit diesem Plakat zu einer Demonstration gegen „die Kriminalisierung des linksradikalen Widerstands“ auf. Hintergrund: Am 13.6. kam es nun auf Anordnung der Bundesanwaltschaft bundesweit zu über 50 Durchsuchungen von Privatwohnungen, Arbeitsplätzen und Arbeitsräumen verschiedener linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekte. Begründet wurde diese Aktion mit vier verschiedenen Ermittlungsverfahren, unter denen auch ein Verfahren wegen des Verdachtes der Beteiligung an Anschlägen auf eine Bundeswehrkaserne in Brandenburg und einen Abschiebeknast in Berlin.

2 Zuletzt kam es am Montag, dem 03. März 2003, bei Wustermark zu einem Hakenkrallenanschlag auf den IC 946 Berlin - Köln, vermutlich von links-extremen Gegnern des Irakkrieges. Der Zug wurde leicht beschädigt, kurze Zeit später noch eine weitere Hakenkralle, wie sie nebenstehend als Modell abgebildet ist, in der Oberleitung entdeckt.

3 Zur Indizierung weitergeleitet: CD der Gruppe „Bloodshed“. Auf der CD „...außer Kontrolle“ heißt es unter anderem: „Ihr seid nichts weiter als genetischer Abschaum... Ihr seid Abschaum und glaubt euch frei. Doch dieser Zustand Leben ist bald vorbei.“

4 Einige Publikationen mit rechten Inhalten, die ebenfalls im LKA auf eventuelle rechtsextremistische, volksverhetzende oder gewaltverherrlichende Inhalte geprüft werden.

5 Seit 31.03. 2001 auf der Indizierungsliste

6 Skinhead-Sampler „Deutsche Kameraden-Vol 1“ Textauszug von der CD: „Weiß, weiß, weiß ist meine Heimat“. Weiß, weiß, weiß ist mein Gesicht. Weiß, weiß, weiß ist meine Haut. Und weiß, weiß, weiß ist meine Rasse.“

Fünf „Mahle“ am Tag oder Erst die Dosis macht das Gift

POLIZEISPORT

Ein Blick in den 16. Präventionssportlehrgang der Polizei des Landes Brandenburg



Jan Schröder (links) berät die Kollegen nicht nur in sportlichen, sondern auch in ernährungsspezifischen Fragen

info 110 Die ersten 90 Minuten dieses Lehrgangstages stehen unter dem Thema „Ernährung und Prävention im Polizeidienst, hier insbesondere im Schichtdienst“. Warum diese Betonung des Schichtdienstes?

Jan Schröder Schichtdienst ist eine oftmals unterschätzte Belastung. Man spürt sie zwar, muss sich mit dem Schlafrhythmus und der Freizeit eher zwangsläufig darauf einrichten, doch bei der Ernährung glaubt man, nichts verändern zu müssen. Doch Leben und Arbeiten gegen die „innere Uhr“ erfordert vom Organismus größte Flexibilität. Sicher ist es schwierig, bestimmte Essgewohnheiten aufzugeben und statt zu einem Stück Kuchen öfter zu Obst und Gemüse zu greifen. Polizisten sind da nicht anders und verschieben manchmal sogar aus dienstlichen Gründen das Essen oder lassen es ganz ausfallen. Mir ist aufgefallen, dass die Raucher trotzdem immer Zeit für eine Zigarette finden, auch bei der Unfallaufnahme. Auf die Idee, stattdessen einen Apfel zu essen, kommen die wenigsten, ist aber deutlich gesünder. So fällt die Nahrungsaufnahme nicht ganz aus und es entsteht nicht dieser „Heißhunger“. Manch ein Kollege hält auf dem Rückweg an der nächsten Imbissbude, um vor dem Ende der Schicht überhaupt etwas in den Magen zu bekommen.

info 110 Na ja, mit leerem Magen ins Bett ist ja auch keine Alternati-

ve. Und eine Currywurst oder ein Hamburger wiegen doch nicht so schwer.

Jan Schröder Eine nicht, wenn es dabei bleibt. Das stimmt schon. Wenn dann aber noch Pommes dazukommen und das Ganze vor dem Ende der Nachtschicht verspeist wird, schläft man automatisch unruhiger. Der Organismus erreicht tagsüber, bei Helligkeit, nicht so tiefe Schlafphasen wie nachts. So ein Frühstück, beispielsweise auch Speck und Spiegelei, macht zwar wegen des hohen Fettgehaltes schön müde. Aber der Schlaf wird dennoch unruhig und häufig unterbrochen. Während sich der Körper in der Erholungsphase „Schlaf“ befindet, muss er enorme Verdauungsleistungen erbringen. Das Gleiche gilt auch für ein reichhaltiges Abendbrot. Das Mittagessen hat zwar den gleichen Effekt, die meisten müssen aber trotz Müdigkeit wach bleiben, was dann auch nicht so leicht fällt.

info 110 Aber der Apfel, wenn er auch noch so lecker aussieht, wird doch nicht von jedem als Mahlzeit akzeptiert. Vielleicht als Nachspeise, maximal als Zwischenmahlzeit.

Jan Schröder Na, ganz so „ernährungsrückständig“ sind die Kolleginnen und Kollegen auch nicht mehr. Vor allem die Jüngeren haben andere Essgewohnheiten als noch ihre Mütter und Väter. Nicht zuletzt auch deshalb, weil uns heute ein ganz anderes Angebot an Obst und Gemüse sowie an Getreideprodukten zu Verfügung steht. Aber auch für sie ist die Umstellung auf den Schichtdienst und die daraus notwendige Einstellung des Körpers Neuland. Deswegen finden sich in diesem Seminar auch viele „Normalgewichtige“, die sich darüber informieren möchten wie sie unter der Belastung durch den Schichtdienst besser mit Schlaf- und Ernährungsrhythmus umgehen können. Außerdem beschäftigen wir uns während der Lehrgangswochen ausführlich mit den freizeithlichen Aktivitäten, die der körperlichen Leistungserhöhung, wenigstens aber der -erhaltung dienlich sind, vorwiegend unter einem sportlichen Aspekt. Neben der Theorie, also den Vorträgen, kommt auch

die Praxis nicht zu kurz. Die Palette der Schnupperkurse reicht von Squash und Badminton über Aerobic und Aquatraining. Herausheben möchte ich die Rückenschule, in der wir die Kollegen während der ganzen Woche mehrere Male in das Bauch- und Rückenmuskeltraining für eine stabile Wirbelsäule einführen. In zwei Seminaren unterstützt uns hier der Leitende Sporttherapeut der Wandlitz-Klinik, Dr. Constantin Stan. Er stellt uns aus ärztlicher Sicht den wesentlichen Anteil sportlicher Aktivitäten zur Verhinderung von Herz- und Kreislauferkrankungen dar. Und das auch unter der Problematik des Schichtdienstes, wie er für die Arbeit des Polizisten üblich ist.

„In der ersten Hälfte unseres Lebens opfern wir unsere Gesundheit, um Geld zu verdienen. In der zweiten Hälfte opfern wir unser Geld, um unsere Gesundheit wieder zu erlangen.“
Eugen Roth (1895–1976)

info 110 Wie kann ich nun die Auswirkungen des Schichtwechsels auf meine körperliche Leistungsfähigkeit ausgleichen oder besser noch, wie kann ich sie vermeiden, wenn ich morgen in die Nachtschicht gehe?

Jan Schröder Kurzfristig gar nicht. Das funktioniert nicht von heute auf morgen. Einmal trainieren vergrößert die Muskeln genauso wenig wie der Verzicht auf ein einziges Eisbein den Bauch verkleinert. Eine Verbesserung erreichen sie nur über die längerfristige Umstellung. Und dazu kann sich jeder die Zeit nehmen, die er braucht. Also nicht eine „radikale Diät“ beschließen, sondern mit kleinen Schritten in die richtige Richtung bewegen. Verteilen sie die Nahrungsmenge, die sie sonst in 3 Mahlzeiten einnehmen auf fünf oder sechs. Dann haben sie schon mal kleinere Portionen und gewöhnen sowohl den Magen wie auch ihr Auge daran. Anschließend ersetzen sie allmählich den Fleisch- und Wurstanteil zunächst durch

fettärmere Sorten und später durch Gemüse und Obst. Fette, insbesondere „versteckte Fette“ aus Rohwurstsorten wie Salami oder Streichwurst lassen den Organismus sehr schnell wieder ermüden. Die Fettzufuhr sollte also immer knapp bemessen sein. Deswegen öfter Fisch oder Geflügel, dazu reichlich Salate, statt Pommes Kartoffeln essen und zwischendurch viel Obst. Das erhält ihnen nicht nur die Figur, sondern auch ihr Leistungs- und Konzentrationsvermögen. Augenblicklich läuft bundesweit eine Kampagne unter dem Motto „5 am Tag“. Gemeint ist Gemüse und Obst, die als Ballaststoffe im Darm als beste Krebsvorsorge gelten. Wenn ich diesen Slogan ergänze, also 5 Mahle am Tag mit gesünderen Lebensmitteln zu mir nehme, vermeide ich allerdhand gesundheitliche Sorgen. Vielleicht noch einen Tip: Der Nährwert von 10 hellen Brötchen ist genauso hoch wie der von zwei Scheiben Vollkornbrot oder -brötchen. Und Vollkorn gehört auch zu diesen nützlichen Ballaststoffen. Hier lohnt sich der Wechsel sogar aus mehreren Gründen. Denn nützliche Ballaststoffe binden Cholesterin und schützen damit wieder vor Herz- und anderen Problemen.

info 110 Ein Wort noch zu den Getränken. Kaffee gilt sicher als das Lieblingsgetränk gerade bei „Schichtarbeitern“.

Jan Schröder Grundsätzlich ist gegen Kaffee in Maßen nichts einzuwenden. Also 2 bis 3 Tassen, aber nicht aus Beamtenbechern. Ruhig öfter mal Tee statt Kaffee trinken. Aber ausschließlich Kaffee, also ohne zusätzliche Angebote wie Mineralwasser oder Fruchtsäfte, wird dem Körper zuviel Flüssigkeit entzogen. Und gerade ausreichend Wasser ist als Lösungs-, Transport- und Quellmittel für einen funktionierenden Stoffwechsel von enormer Bedeutung. Viel trinken, mindestens drei halbe Liter Wasser, Tee oder auch Buttermilch am Tag, es kann auch mehr sein. Man merkt dann schon nach einiger Zeit, dass ein Fruchtsaft oder ein Joghurt auch mal eine ausgefallene Mahlzeit ersetzen kann. Beides sollte aber ohne hohen Zuckergehalt sein, denn auch ein Über-



Dr. Constantin Stan

schuss an Zucker kann zum Leistungsabfall führen. Das sollte man bedenken, wenn man Cola trinkt. Aus einer Flasche fließen auch 13 Stück Würfelzucker in den Magen. Ähnlich wie beim Fett sind versteckte Zucker in Limonaden, Kuchen und Fruchtsaftgetränken nicht nur reine Kalorienbomben, sondern sie wirken sich auch negativ auf die Konzentrationsfähigkeit aus.

info 110 Nun klingt „drei halbe Liter“ eher nach Bier als nach Selterswasser.

Jan Schröder Bier in dieser Menge und dann jeden Tag macht bekanntlich nicht nur dick. Wenn ich die Kraft finde, meine Ernährung wie hier beschrieben, allmählich umzustellen, sollte ich auch an die Zahl der Kalorien bedenken, die in jedem Glas Bier stecken. Mal ganz abgesehen von den Nebenwirkungen, die zunächst zur Beeinträchtigung der Dienstdurchführung und letztlich zu schwersten Gesundheitsschäden führen können. Je mehr davon, desto schädlicher oder anders gesagt: Erst die Dosis macht das Gift. Außerdem verhindert der Alkohol die Fettverbrennung.

info 110 Manch einer scheut vor gesünderer Ernährung zurück, weil sie teurer scheint. Stimmt das überhaupt oder ist das eher eine bequeme Ausrede?

Jan Schröder Die Frage würde ich, nur auf die Ernährung bezogen, mit nein beantworten. Gesund ernähren

muss nicht teurer sein, wenn ich diesen Ausgaben den Preis für 10 helle statt zwei Vollkornbrötchen oder zwei, drei Currywürste mit Pommes statt eines Salattellers gegenüberstelle. Dazu kommt aber zusätzlich noch die eingesparte Summe der täglichen Kosten für alkoholische Getränke und Zigaretten, wenn ich es schaffe, deren Verbrauch langsam herunterzufahren.

Die Rechnung ist allerdings erst dann vergleichbar, wenn es mir gelungen ist, die Menge an weniger gesundheitsfördernden Lebensmitteln zugunsten eines nährstoffreicheren, aber kalorien- und fettreduzierten Angebotes zu verringern. Oder kurz gesagt: weniger, aber besser essen. Doch unser Lehrgang beschränkt sich nicht nur auf die Ernährung, sondern auf eine insgesamt gesündere Lebensweise, zu der vor allem auch Sport gehört. Und derlei Aktivitäten wie ein Spaziergang, ein Abstecher ins Schwimmbad oder eine Radtour, sind auch nicht teurer. Mir ist jedoch sehr daran gelegen, die Seminarteilnehmer davon zu überzeugen, mehr als für den Erhalt der Gesundheit nötig zu tun. Im Idealfall mit Lust und Genuss, die oder der etwas kosten darf. Beim Essen wie auch im Fitnessstudio. Wer nach dem Seminar in seine Gesundheit investiert und sich für einen Aerobic-Kurs anmeldet oder einen Badminton-Platz bucht, bezahlt mehr, freiwillig und gleich. Aber wer es nicht jetzt tut, muss auch dafür bezahlen. Später dann. Und nicht ganz freiwillig.

Jan Schröder ist Mitarbeiter der Sportbildungsstätte an der FH Pol Brandenburg; mit ihm sprach Peter Salender.

Unter der Anleitung der Schwimmtrainerin Andrea Sekula trainierten die brandenburgischen Polizisten die Sportart „Aqua-Jogging“. Außerhalb der Schwimmhalle wurde auch Squash, Badminton und Tennis gespielt.



11. Internationale Völkerverständigungsfahrradtour von Polizisten Europas

Polizisten schreiben „Touregeschichte“



In der Zeit vom 18. bis zum 22. Juni 2003 fand eine Fahrradtour von besonderer Art statt. Bereits zum 11. Mal trafen sich Polizisten, Staatsanwälte und der Bürgermeister von Herzberg/Elster, um entlang dem europäischen Fernradwanderweg R1 Land und Leute kennen zu lernen.

In diesem Jahr haben wir zu dieser Tour auch Lettische Polizisten begrüßen können, die mit uns gemeinsam von Höxter aus im Dreiländereck Nordrhein Westfalen, Hessen und Niedersachsen radelten. Dabei besuchten wir die ehemalige Reichsabtei Corvey und die Grabstätte des Dichters des Deutschlandliedes Hoffmann von Fallersleben. Aber auch Bad Driburg, wo wir mit dem Regierungspräsidenten von Detmold Gespräche führten, war eines unserer Reiseziele, bevor wir an der Weser zurück nach Höxter radelten.

Bemerkenswert an der Fahrradtour ist, dass sich zu diesem sportlichen Ereignis Ordnungshüter aus Nordrhein-Westfalen, Polen, der Niederlande und Brandenburg gemeinsam auf die beschwerliche Reise begaben. Mut machte uns zu Beginn der

Das Teilnehmerfeld während der diesjährigen Tour im Dreiländereck

Verbindungsoffizier der polnischen Polizei in Berlin, Herr Botschaftsrat Jerzy Stanczyk, mit dem wir in der Europäischen Begegnungsstätte der Deutschen Gesellschaft für politische, kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Ratsdorf die notwendigen Vorabsprachen trafen.

Geboren war die Idee mehr oder weniger in der Polizeiwache Herzberg im Schutzbereich Elbe/Elster. Dort hin reiste kurz nach der Wende der dienstälteste Oberkreisdirektor Nordrhein-Westfalens, Paul Sellmann, um sich – ähnlich wie Fontane – privat auf den Weg zu machen, die Mark Brandenburg zu erkunden und zu helfen, wo sein Rat gefragt war. Schnell lernten Polizisten aus dem damaligen Polizeipräsidium Cottbus im Regierungsbezirk Detmold Neues kennen und Polizei-



Innenminister Schönbohm (rechts), der an der Jubiläumstour 2002 teilnahm, im Gespräch mit Initiator Paul Sellmann (links) und dem Bürgermeister von Herzberg, Michael Öcknigk

POLIZEISPORT

sten aus Nordrhein-Westfalen schnupperten Lausitzer Luft. Als den Polizisten selbst diese dienstliche Ebene der Kontakte nicht mehr reichte, wurde die Idee einer gemeinsamen Radtour geboren. Das Motto dabei war und ist wegweisend: „Europa ist wie Fahrrad, wenn man aufhört in die Pedale zu treten, fällt es um.“

1993 fanden sich dann ca. 40 Polizisten, die gemeinsam von Hörter durch den Harz nach Herzberg radelten. Ein Jahr später ging es von Herzberg über Berlin, an der Glienicke-Brücke wurde ein Baum gepflanzt und mir Weserwasser angegossen, weiter über Küstrin und Slubice nach Frankfurt / Oder. Im Jahr



Bild oben: POK'n Manuela Pfennig aus dem Schutzbereich Elbe-Elster in Hörter

Bild unten: Kommissar Franz van Harlem, stellvertretender Polizeipräsident

der Bundesgartenschau in Cottbus vollzog im Buga Park der ehemalige Turn-Weltmeister Silvio Kroll den Ehrenstart und schickte das Fahrerfeld auf den Weg nach Kulm (Chelmo) an der Weichsel. Und nun erstmalig mit polnischen Polizisten, die am deutsch – polnischen Grenzübergang in Guben das Fahrerfeld auffüllten. Es entwickelte sich so die internationale Tour zur Völkerverständigung mit großem politischen Gewicht und das gerade im 50. Jahr nach dem 2. Weltkrieg. Insgesamt bestand die Fahrradgruppe 1995 aus 3 Frauen und 15 Männern im Alter von 29 - 61 Jahren, die täglich bis zu 130 km absolvierten. In einer überaus freundlichen Atmosphäre fanden regelmäßig intensive Gespräche mit Vertretern der örtlichen Polizei an den jeweiligen Etappenorten, wie zum Beispiel in Zlaty Potok, Pila und Chelmo statt, die für das gegenseitige Verständnis und für das gemeinsame Handeln der europäischen Polizei von großer Bedeutung waren. Einig waren sich der Ober-Kreisdirektor Paul Sellmann, der Leiter der polnischen Delegation, Polizeinspektor Wojciech Raunke und der damalige Cottbuser Polizeipräsident, Jürgen Lüth, dass Europa nicht an der polnischen Grenze aufhört und mit gemeinsamer Kraft weiter für Frieden und Freundschaft geworben und gearbeitet werden muss. Chelmo war dann 1996 auch der Ausgangspunkt für unsere Radtour nach Königsberg (Kaliningrad). Die Grenzabfertigung in Heiligenbiel (Mamonowo) hat für alle Teilnehmer bleibende Erinnerungen hinterlassen. Nicht nur weil wir mehr als 3 Stunden warten mussten, denn der Grenzübergang wurde eigens für das internationale Fahrerfeld gesperrt, sondern der überaus herzliche Empfang von Folkloregruppen, dicht umlagert von vielen Journalisten und Fernsehteams, war die eigentliche Attraktion. Russische Polizisten nutzten nun auch die Möglichkeit, um uns mit dem Fahrrad bis nach Kaliningrad zu begleiten, wo es am Abend ein Treffen mit dem Polizeigeneralmajor Petrow, Leiter der Polizei des Kaliningrader Gebietes gab. Immer wieder standen Fragen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Mittelpunkt.

Im Folgejahr waren wir Gast der 1000jährigen Stadt Danzig (Gdansk) und erkundeten die Kaschubische Seenplatte. Da zwischenzeitlich auch dänische Polizisten an unserer Tour zur Völkerverständigung interessiert waren, folgten wir einer Einladung auf die Insel Bornholm. Wenig begeistert waren wir von den großen Höhenunterschieden, die täglich mit dem Fahrrad gemeistert werden mussten. Um so mehr beeindruckt waren wir davon, dass die Polizei, der Grenzschutz und der Zoll gemeinsam in einem Haus untergebracht waren. Doch im nächsten Jahr sollte es wieder für alle Teilnehmer leichter werden, und so nahmen wir Twente (Holland) ins Visier und organisierten eine Rundfahrt in der Provinz Zeeland, wo uns eine Kradstaffel der Polizei ständig begleitete. Am Abend stand der stellvertretende Polizeipräsident, Kommissar Franz van Harlem, im Beisein des Leitenden Oberstaatsanwaltes von Almelo dem aufgeschlossenen Fachpublikum Rede und Antwort.

Im vergangenen Jahr war dann die Jubiläumstour angesagt. Das ausgeprägte Radwandernetz im Spreewald, einer in Europa einmaligen Flusslandschaft, machte uns die Entscheidung leicht, und so radelten wir im 10. Jahr auf den Spuren Theodor Fontanes, nicht auf Schusters Rappen – sondern mit dem Stahlross. Zu den prominentesten Teilnehmern zählte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, der uns auf der ersten Etappe von Burg über Werben nach Straupitz und zurück begleitete. Viele persönliche Gespräche am Rande der Tour, aber auch der Besuch der Schinkel Kirche in Straupitz und von Cargo Lifter in Brand, haben uns Mut gemacht im Geiste des Sportes und der Völkerverständigung weiter zu radeln. Doch schon im nächsten Jahr wird die 12. Tour folgen. Dann könnte St. Petersburg unser Etappenzielort sein.

Jürgen Lüth
Sicherheitsberater Sport
des Innenministers



Mark Albrecht und die Kriminalisten in der Senderegie

Zunächst fängt der 19. Juni 2003 an wie viele andere Tage. Mark Albrecht, Reporter beim RBB-Fernsehen in Potsdam, hat heute keinen Drehtermin. Er wird in den Sender fahren, Themen für die nächsten Tage recherchieren und am Nachmittag eine Gruppe Kriminalpolizisten des Polizeipräsidiums Potsdam durch das Fernsehzentrum führen. So hatte er den Tag geplant, doch dann kommt alles ganz anders.

Der Anruf kurz nach halb zehn, der wie schon so oft, alle seine Planungen über den Haufen wirft. „Das große Netz von Leuten die mich informieren, wenn irgendwo ein schwerer Unfall passiert, ein Toter gefunden wird, oder ein Gebäude brennt, das ist das Wichtigste für mich als Polizeireporter“, sagt der Achtunddreißjährige. Die Anrufe kommen vom Sender, vom Autobahnamt, von Kollegen, gelegentlich ist es auch die Polizei oder die Feuerwehr die ihn alarmiert. Leider viel zu selten, meint er und schildert seine Idealvorstellung von gemeinsamer Arbeit zwischen Polizei und Medien. „In München zum Beispiel ist es Standard, dass die Polizei die Reporter anpiept, wenn etwas öffentlichkeitsrelevantes passiert. Durch die Rückmeldungen weiß die Polizei gleichzeitig auch, wer von den Redaktionen an einen Tatort kommt, und wie groß das Interesse ist.“

Heute kam der Anruf von seiner Redaktion. Vollsperrung der A 10 bei Ferch hieß es im Verkehrsfunk, Mark Albrecht soll nun für „Brandenburg aktuell“ in Erfahrung bringen was passiert ist und gegebenenfalls auch sofort auf die Autobahn fahren, um Bilder zu machen. Ein paar Anrufe später ist für ihn klar, das ist auf jeden Fall eine Geschichte für die Nachrichten. Ein Gefahrguttransporter aus Bergisch-Gladbach ist kurz hinter dem Autobahndreieck Potsdam ins Schleudern geraten, von der Fahrbahn abgekomm-

Stress pur... oder kein Tag wie jeder andere

Unterwegs mit dem RBB-Polizeireporter Mark Albrecht

men, in die Leitplanke, und anschließend gegen den Pfosten eines Verkehrsschildes gefahren. Rund um die Unfallstelle Verkehrschaos. Vollsperrung der A 10 und kilometerlang Stau. Also alles andere stehen und liegen lassen, rein ins Auto, einen silbernen Volvo-Kombi, und raus zur Anschlussstelle Ferch. An den Unfallort selbst heranzukommen ist oft das größte Problem. Heute geht es über die Landstraße und bei Ferch „falsch herum“ die Autobahn rauf, denn die Bahn ist vollgesperrt, die Feuerwehr wurde auch in dieser Weise an den Unfallort gelotst und mit der Polizei vor Ort ist das natürlich abgesprochen.

Wie immer bei solcherart Unfällen, aber auch bei Reportagen zu Banküberfällen oder Morden, kreisen die Gedanken des Polizeireporters während der schnellen Fahrt zum Unfall- oder Tatort um die gleiche Fragen. Wie reagieren die Polizisten auf die Kamera, wie schnell erkennen sie, wer ich bin und für wen ich arbeite? Deswegen betont er ausdrücklich: „Ich bin froh, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu arbeiten, dadurch brauche ich vieles nicht zu drehen, denn der RBB zeigt keine Bilder von Verletzten oder ungedeckten Toten, das wissen die meisten Polizisten und Feuerwehrleute auch“. Der Volvo ist ringsherum mit auffälligen Folien des vor einigen Wochen fusionierten Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) beklebt. Sicherheitshalber weist aber auch noch ein alter ORB-Aufkleber auf den Arbeitgeber hin. Nicht jeder weiß bereits von der Fusion oder der Bedeutung der 3 Buchstaben RBB.

Warten auf das beste Bild

Genau aus diesem Grund meldet sich Mark Albrecht auf der Fahrt zu einem Einsatz bei der jeweils zuständigen Leitstelle des Polizeipräsidiums, dem Schutzbereich oder dem Einsatzleiter. Ihm ist es am liebsten, wenn sein Kommen schon über Funk angekündigt wird. Dann gibt es weniger Stress in den ersten Minuten zwischen absperrenden Beamten und Reporter. An diesem Mittwochvormittag übernehmen es

die Kollegen der Autobahnwache Michendorf, seinen Anruf an den Einsatzleiter vor Ort, PHK Manfred Wirrmann auf der BAB 10 weiterzuleiten. Vor Ort angekommen, lässt Mark Albrecht oft die Kamera erst einmal im Auto und meldet sich bei den Einsatzleitern von Polizei und Feuerwehr. Parallel dazu bildet er sich den ersten Eindruck von der Unfallstelle.

Die Fahrerkabine des LKW hat sich in den eigenen Anhänger gerammt. Die Plane wurde von herabfallenden Chemikalien-Containern zerfetzt. Mit Blick auf dieses Bild begrüßt Mark Albrecht PHK Manfred Wirrmann. Beide kennen sich schon von vielen vergleichbaren Einsätzen. „Ich bin immer froh, mir bekannte Polizisten oder Feuerwehrleute vor Ort zu treffen, dann braucht man keine lange Vorrede, sondern kann schneller anfangen zu arbeiten.“ Der Polizist gibt dem Reporter eine erste Auskunft auf seine Fragen nach der Gefährlichkeit des Gefahrgutes,

der eigentlichen Ursache des Unfalles und weiteren Verletzten. Warum der Fahrer die Kontrolle über den LKW verloren hat, könne er noch nicht sagen, es hätten sich noch keine Zeugen gefunden. Der Polizeieinsatzleiter wendet sich wieder seinen Kollegen von Polizei und Freiwilligen Feuerwehren zu. Die Bergung von Ladung und LKW muss veranlasst werden, die Vollsperrung soll so schnell wie möglich wieder aufgehoben werden.

Indessen holt Mark Albrecht seine Technik aus dem Auto und beginnt zu drehen. Heute ist er als sogenannter „Videoreporter“ unterwegs, also als Reporter, der auch eine Fernsehkamera bedienen kann. Er ist der einzige im RBB Brandenburg, der das macht, mittlerweile seit fünf Jahren. Zunächst also Bilder einfangen, die dem abendlichen Zuschauer der Fernsehnachrichten die Gefahrensituation möglichst authentisch vermitteln. Wie lang der Bericht später wird, weiß er noch nicht. Möglich

sind die 30 Sekunden-Bildnachricht oder der Bericht bis zu drei Minuten Länge. Er muss für beide Möglichkeiten drehen, also auch Interviews machen. Später im Sender gewichtet dann der Chef vom Dienst, CvD, vergibt Länge und Sendeplatz. Mark Albrecht nimmt schließlich insgesamt 25 Minuten auf, darin eingeschlossen sind die Interviews mit Polizei und Feuerwehr, die sogenannten O-Töne. Heute bedarf es weniger Mühe, einen Polizisten vor das Mikrofon zu bekommen, PHK Wirrmann beantwortet die Fragen souverän. Mark Albrecht will schon einpacken, als er davon hört, dass die Berufsfeuerwehr Potsdam mit einem Kran anrückt, um die Container von der Autobahn und vom Anhänger auf einen Wagen der Autobahnmeisterei umzuladen. Das wird knapp, der nächste Termin wartet, aber das Bergen der Container könnte noch ein gutes Bild ergeben, er entscheidet sich noch zu warten. Doch die Zeit läuft.

Im Hinterkopf hat er immer den Besuch der fünfzehn Kriminalisten des Polizeipräsidiums Potsdam unter Leitung von Kriminalrat Roger Höppner. Sie sind zu 13.30 Uhr angekündigt, und möchten das Sendezentrum und die Arbeit der TV-Macher in Potsdam-Babelsberg näher kennen lernen. Ausgerechnet heute. Inzwischen ist es bereits nach 11:30 Uhr. Mark Albrecht rechnet immer wieder nach, wie viel Zeit ihm bleibt. Schließlich entscheidet er sich dafür, die Führung und das Fertigen des Nachrichtenbeitrags miteinander zu verbinden.



Bild oben: Udo Götze zeichnet am Tonmischpult den Text auf, mit dem Mark Albrecht seine Filmmeldung in einer schalldicht isolierten Sprecherkabine kommentiert und von Roger Höppner (3.v.l.) und dessen Kollegen dabei beobachtet wird

Bild unten: Mark Albrecht beim Interview mit Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm anlässlich der Übergabe der neuen Polizeihubschrauber am 5. Mai 2003

MEDIEN

Und so schneidet und textet er zwei ein halb Stunden später im Sender den Bericht unter den erstaunten Augen der Besucher. Stress pur. Nach einer knappen dreivierteil Stunde sind Bilder und Text über den Gefahrgut-Unfall fertig, und vom Nachrichtenchef gegengelesen, also abgenommen. Jetzt ab in die Tonmischung, denn der Text muss noch zu den Bildern gesprochen und gemeinsam auf die Kassette aufgenommen werden. Bilder und Text sind bis auf die Sekunde aufeinander abgestimmt. Der Termin ist geschafft, die Bilder vom LKW-Unfall laufen das erste Mal in der 15.00 Uhr-Sendung.

Und noch ein Unfall

Doch das Aufatmen ist nur von kurzer Dauer. Zeitgleich zur Ankunft der Besuchergruppe bekam Mark Albrecht erneut einen Anruf. Die Nachricht: „Busunfall, mehrere Verletzte, möglicherweise auch Tote, auch drei LKW beteiligt“. Dazu Ort und Zeit, mehr ist nicht bekannt. Weil er jetzt nicht rausfahren kann, schickt der CvD ein anderes Team an den Unfallort. Der Polizeireporter soll im Sender bleiben, und gleich einen Bericht aus beiden Unfällen machen, für die Hauptausgabe um 19.30 Uhr.

Auch bei Kriminalrat Roger Höpner klingelt das Handy. Er müsste seine Leute vom 1. Kommissariat an den Unfallort schicken, um gegebenenfalls Tote zu identifizieren. Er wird über die Lage auf dem Laufenden gehalten. Im Moment kann

Mark Albrecht die Besucher weiter durch den Sender führen, denn er kann erst weiterarbeiten, wenn das Team mit den Bildern zurück ist. Der Reporter ist jetzt schon 12 Jahre beim Fernsehen und hat schon oft Besucher durch das Fernsehgebäude geführt. Darunter viele Polizisten, von Kriminalisten über Personenschützer bis zu Männern vom SEK. Als Polizeireporter ist er auf Verständnis für seine Arbeit und gute Kontakte angewiesen. An der Polizeifachhochschule hat er schon des öfteren im Rahmen von Medien-Seminaren für Polizei-Presse-sprecher seine praktischen Erfahrungen vermittelt. „Ich bitte die Polizeiführer vor allem mit den Journalisten zu reden,“ sagt Mark Albrecht, „sie sollten die Berichterstat-ter nicht immer gleich als Feind ansehen, sie aussperren und unsinnige Verbote aussprechen. Das schafft oft Stress, der nicht nötig wäre. Wenn der Polizist weiß, was der Journalist braucht, und der Reporter wiederum erfährt, wo er nicht hintreten sollte, weil er dort eventuell Spuren zerstört, können beide auch gemeinsam miteinander arbeiten.“

Es ist 15.30 Uhr. Der Reporter kommt mit den ersten Bildern von der Unfallstelle zwischen den Anschlussstellen Brück und Beelitz. Der österreichische LKW hat sich tief ins Heck des Schweriner Reisebusses geschoben. Die A 9 ist gesperrt, es läuft ein Großeinsatz für Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst. Insgesamt 7 Hubschrauber fliegen die Verletzten in die Kran-

kenhäuser von Berlin bis Magdeburg. Kaum hat Mark Albrecht die Kassette bekommen, hat er sein Handy wieder am Ohr. Innenminister Schönbohm fährt an die Unfallstelle auf der BAB 9, so die Information. Der Polizeireporter muss das Kamera-Team bitten, noch einmal auf die A 9 zu fahren, um Bilder vom Innenminister am Unfallort zu drehen, und Interviews zu machen. Auch dies soll noch in den Bericht. Es sind nur noch drei Stunden bis zur Sendung. Jetzt hat er keine Zeit mehr für die Kriminalisten.

Er ist froh, dass er vorhin wenigstens noch mit den Besuchern in der Senderegie war. Dort lief gerade die 15.00 Uhr-Sendung von Brandenburg aktuell. Und die Polizisten konnten hinter den Kulissen hautnah alles miterleben. „Chef-techniker“ Wolfgang Hanke, der weit vorn am Mischpult saß, bat alle die Handys auszuschalten. Genau fünf Minuten dauerte die Sendung. Die Kriminalisten konnten deutlich die Kommandos des Regisseurs hören, der jeden einzelnen Film anforderte. Am Ende eines Berichtes gab er an die Kollegen der Senderegie sowie an die Männer und Frauen an den Studiokameras laut die letzten Worte jedes Filmes weiter. So wußte jeder, wann auf eine andere Kameraposition umgeschaltet wird, und die Sprecherin wieder live zu sehen ist. Nach der Kurzsendung beantwortete Wolfgang Hanke die Fragen der Kriminalisten. Er zeigte ihnen auch den Schaltraum, die große Technikzentrale, in die Filme aus aller Welt eingespielt werden können. Für Besucher eigentlich tabu. Aber das ist jetzt schon vier Stunden her, die Kriminalisten sind längst gegangen, früher als eigentlich vorgesehen. Für einen tieferen Erfahrungsaustausch blieb heute keine Zeit mehr. Mark Albrecht hatte die Potsdamer Kriminalisten um Verständnis gebeten, doch Roger Höpner und seine Mitarbeiter hatten abgewunken, natürlich hätten sie Verständnis. Sie konnten sich gut vorstellen, was dieser Doppelunfall für eine Kraftanstrengung für ihre Kollegen von der Verkehrspolizei bedeutete. Und sie hatten überrascht registriert, dass das bei den Reportern in solch einem Fall genauso ist. Was die Besucher, die den Bericht später dann zu Hause im Fernsehsessel ansehen, nicht wissen, er wurde erst eine Minute vor der Sendung fertig. Bis dahin war es für den Reporter Stress pur.

Peter Salender

Mit einem konzentrierten Blick prüft Mark Albrecht die Situation an der Unfallstelle



Modernste Polizei-hubschrauber EC 135 in Dienst

Am 05. Mai 2003 stellten Innenminister Jörg Schönbohm und Staatssekretär Eike Lancelle in Potsdam-Eiche die beiden neuen Hubschrauber EC135 offiziell in den Polizeiflugdienst des Landes Brandenburg. Die EC135 ist der modernste Hubschrauber seiner Klasse. In der technischen Konfiguration der brandenburgischen Maschinen gibt es derzeit weltweit nichts Vergleichbares. Das begründet sich unter anderem aus dem Einbau von Systemkomponenten, die dem neuesten technologischen Stand entsprechen (Triebwerke, Rotorsystem, Cockpitausstattung) und aus der Integration von Missionsausrüstung der neuesten Generation (FLIR Ultraforce II, Operatorarbeitsplatz).

Die EC135 ist schneller und erheblich leiser als die Mi-2, sie verbraucht weniger Kraftstoff und der Wartungsaufwand ist weitaus geringer. Auf Grund der modernen und komplexen Ausstattung ist die Einsatzfähigkeit grundsätzlich „rund um die Uhr“ gegeben, wodurch das Einsatzmittel Hubschrauber zukünftig noch intensiver in die meisten polizeilichen Abläufe integriert werden kann.

S. Dornblut
PHuSt



zei-
st gestellt



Bild oben: Staatssekretär Eike Lancelli an Bord einer der beiden Polizeihubschrauber, die er zusammen mit den Piloten der Hubschrauberstaffel vom Hangar in Diepensee nach Potsdam-Eiche überführte

Bild unten: Innenminister Jörg Schönbohm taufte beide Hubschrauber und betonte dabei, dass Hubschrauber in einem so großen Flächenland wie Brandenburg ein unverzichtbares Einsatzmittel sowohl für die Verkehrsüberwachung wie auch für die Kriminalitätsbekämpfung darstellen



Tieftauchen am Helenesee

Zum festen Training der Brandenburger Polizeitaucher gehört das jährliche Tieftauchen am Helenesee. In diesem Jahr in der Zeit vom 22. bis zum 26. September.

Gemäß der PDV 415 – „Taudienst“ darf durch die Polizeitaucher nur bis zu einer Maximaltiefe von 20 Metern getaucht werden. Als Ausnahme ist nur die Rettung von Menschenleben zulässig. Da auch dieser Ausnahmefall geprobt werden muss, ist der Helenesee ein ideales Ausbildungsgewässer. An einem Grundtau konnten sich die Taucher von einem Schlauchboot in eine Tiefe von 50 Metern vorwagen.

Dies ist im September 2002 ein besonderes Erlebnis gewesen, da ab einer Tiefe von etwa 30 Metern im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nahezu kein Licht mehr vorhanden war. Im Sommer hatten Strandarbeiten zu viel Schwebeteilchen aufgewirbelt. Aber das Gefühl der absoluten Dunkelheit ist für einen Polizeitaucher ohnehin nichts Besonderes. Da ein solcher Tauchgang für den Körper jedoch eine außergewöhnliche Belastung darstellt – Fachkreise sprechen von der etwa siebenfachen Belastung des Organismus – wurden die folgenden Tauchgänge im flacheren Wasser zu einem anderen Ausbildungszweck geplant: der Navigation unter Wasser.

Im Helenesee sind von den Tauchclubs verschiedene „Sehenswürdigkeiten“ versenkt worden. So liegen zum Beispiel ein aufgetakeltes Segelboot, eine Taucherglocke, ein Wassertreter oder auch eine Hütte auf dem Seegrund. Normalerweise suchen und üben hier die Sporttaucher. Aber auch wir nutzten die Gelegenheit, einmal per Karte und Kompass das Navigieren zu üben. Und wir stellten fest: Karte und Kompass erleichtern die Suche ungemessen. Hilfreich auch das Wissen aus dem Lehrgang „Unterwasserfotografie“, den wir zur Beweissicherung unter Wasser absolviert hatten. Einige Unterschiede zur Beweisdokumentation über Wasser gilt es hier nämlich auch zu beachten. Hier sei nur das Verschwinden der Farben

mit der Tiefe und dem Unterschätzen des Abstandes zum Beweismitel erwähnt.

Mit unserem kräftigsten Hebesack ist es zum Beispiel möglich eine Last von bis zu einer Tonne unter Wasser zu heben und an Land zu bringen. So ist es ein leichtes auch versunkene PKW und Kräder oder aber auch Panzerschränke wie beim Einsatz am 4. Februar (Foto unten) und Wertgelasse wieder ins Trockene zu bringen. Nur finden muss man sie eben.

Aber auch kleine Gegenstände, die im Schlamm stecken, suchen und bergen wir. Es bedarf jedoch einiger Übung einen Gegenstand im Schlamm aufzuspüren, auch wenn der Taucher ein Metallsuchgerät verwendet.

Die gemachten Erfahrungen und gewonnenen Eindrücke konnten mit Polizeitauchern aus Thüringen ausgetauscht werden, die zu diesem Einsatztraining eingeladen worden waren.

Doch Hilfsmittel wie Kompass und Karte wünscht sich der Polizeitaucher in seinem Arbeitsalltag vergebens. Kein Täter, der sein Tatwerkzeug oder für ihn belastende Beweise entsorgen will, wird eine Karte dafür anlegen. Da heißt es dann, die Arme in den Schlamm stecken und tasten. Manchmal auch mit dem Metallsuchgerät. Unsere ständige Einsatzbereitschaft können wir jedoch

Bild oben: Unter medizinischer Aufsicht. Taucherarzt Obermedizinalrat Dr. Schirdewan (links) und Rettungssanitäter POM Jörg Kirschig bei der routinemäßigen Untersuchung eines Tauchers

Bild Mitte: Vermisstensache Zierach. PK Uwe Czerny wird von PK Hans Peter Bischof (rechts) auf den Tauchgang vorbereitet

Bild unten: Am 4. Februar diesen Jahres wurden die Polizeitaucher zu Hilfe gerufen, um zwei aufgeschweißte Tresore aus einem Seitenarm der Oder zu bergen, die aus der Amtsverwaltung Letschin gestohlen worden waren

nur gewährleisten, wenn wir regelmäßig auf einem qualitativ hohen Ausbildungsniveau trainieren.

Übrigens: Bei allen Einsatz- und Ausbildungsmaßnahmen und bei Tauchtiefen über 10 Meter wird die medizinische Sicherstellung durch den polizeiarztlichen Dienst des ZDPol gewährleistet.

Steffen Döbler, Polizeitaucher



POLIZEIPRAXIS



Hans Peter Bischof vor seinem Tauchgang in Oderberg

info 110 Wenn man das vergangene Jahr Revue passieren lässt, dann gab es mehrere Ausbildungsschwerpunkte für Sie als Tauchergruppe der Landeseinsatzinheit (LESE). Gibt es eine Lieblingsdisziplin?

Hans-Peter Bischof Ja schon, aber diese Frage dürfte wohl jeder Taucher anders beantworten. Wir tauchen ja nicht nur dienstlich, sondern auch privat als Sporttaucher.

Das gibt es zwar auch strenge Sicherheitsvorschriften, doch eine so enge Auslegung, also mit Signalleine tauchen und Arzt-Anwesenheit, das muss privat nicht sein. Allerdings würde ich privat auch nicht Eistauchen gehen, also allein und ohne zusätzliche Sicherungen. Eistauchen gehört zu den sehr reizvollen Ausbildungsthemen, die wir dienstlich als Polizeitaucher absolvieren können.

info 110 Was macht den Reiz des Eistauchens aus und warum ist es besonders gefährlich?

Hans-Peter Bischof Im Winter ruht die Natur, das Wasser ist ganz klar. Wir tauchen meist im Helensee bei Frankfurt (Oder), nicht nur im Winter, sondern ganzjährig auf Grund der generell guten Sicht in diesem See. Wie mein Kollege Stefan Döbler in seinem Beitrag beschreibt, gibt es auch Ausnahmen und die von ihm geschilderte war auf Böschungs- und Uferarbeiten am Helensee zurückzuführen, die das Wasser so aufgewühlt hatten, dass die Sicht stark beeinträchtigt wurde. Besonders gefährlich ist das Eistauchen deswegen, weil gerade bei Außentemperaturen unter 0°C akute Vereisungsgefahr für jedes Tauchsystem besteht. Zweck der

Ausbildung ist es, die besonderen Aspekte beim Tauchen unter einer geschlossenen Eisdecke sehr genau zu beurteilen, um das Einsatzrisiko für den Taucher so gering wie möglich zu halten. In diesem Jahr sind wir Ende Januar gefahren.

info 110 Aber wie immer haben sie nicht allein geübt.

Hans-Peter Bischof Der Aufwand beim Eistauchen ist viel größer, als wenn Sie eben mal im Sommer tauchen gehen. Zunächst muss die Eisdecke durchbrochen und aufwendig gesichert werden. Parallel dazu muss für Aufwärmöglichkeiten in Zelten und den Kraftfahrzeugen der Tauchergruppen gesorgt werden. Wie jedes Jahr versuchen wir bei einem solchen Aufwand viele Partner mit ins Boot zu holen. Diesmal waren mit uns gemeinsam die Polizeitaucher der BGSA Blumberg, die beiden Technischen Einsatzeinheiten der Berliner Polizei und die Bundeswehrtaucher des Pionierbataillons Storkow dabei. Und die Bundeswehrtaucher wiederum haben uns in der dritten Juni-Woche für drei Tage auf den Truppenübungsplatz nach Storkow eingeladen.

info 110 Was haben Sie gemeinsam mit den Bundeswehrtauchern in Storkow trainiert?

Hans-Peter Bischof Ganz konkret haben wir das Beseitigen von Unterwassersperren und die systematische Suche nach verlegten Minen geübt. Geht man von den Erfahrungen aus dem Oder-Hochwasser 1997 und der Elbe-Flut von 2002 aus, müssen wir uns auf so ziemlich jede Einsatzsituation vorbereiten, also auch der Beseitigung von Sperren unterhalb der Wasserlinie beispielsweise durch umgestürzte Baumstämme. Minen aufspüren kommt eher selten vor, das gebe ich zu. Doch bereits in der polizeilichen Kategorie USBV werden wir ja bei Verdacht oder zur präventiven Absuche an Schiffskörpern und Hafenanlagen zum Einsatz angefordert. Wir möchten uns auf gewisse Art genauso wie Bereitschaftspolizisten oder meinetwegen auch Kriminaltechniker gegenseitig ersetzbar oder einsetzbar machen, was bei einer

mehrwöchigen Lage nicht ganz ohne Bedeutung sein könnte.

info 110 Noch einmal zurück zum Eistauchen. Im Gegensatz zu den anderen Jahreszeiten können Sie sich ja nicht gleich ins Wasser fallen lassen.

Hans-Peter Bischof Als erstes kommt es darauf an, sich einen geeigneten Zugang zum Wasser zu verschaffen. Die Eisdecke muss zwingend so stark sein, dass im Notfall auch Rettungskräfte unmittelbar am Einstiegsloch handeln können, ohne sich der Gefahr auszusetzen einzubrechen. Der Zugang ist mit einer Kettensäge herauszusägen. Schläge mit Äxten sind zu unterlassen, weil der Schall sich unter Wasser 3mal so schnell ausbreitet wie an der Luft und die Schlaggeräusche würden für die Fische ein Ende der Winterruhe bedeuten. Als Taucher achten wir auch auf den Umwelt- und Naturschutz.

Ist das Eisloch fertig und mit Bohlen entsprechend gesichert werden die Tauchteams eingeteilt und es kann losgehen. Nur mit einer Signalleine und Sprechkontakt zum Signalmann an der Oberfläche, geht der Taucher dann unter Eis.

info 110 Warum muss das Tauchen unter Eis besonders intensiv geübt werden?

Hans-Peter Bischof Das Ausbildungsziel besteht darin, für den Einsatz bei Eisunfällen und der Suche nach Beweismitteln zu trainieren. Beispielsweise erschwert eine geschlossene Eisdecke die Orientierung sehr stark. Sie können auch nicht auftauchen, wann und wo sie wollen. Nehmen wir den Fall, dass im Winter ein mit mehreren Personen besetztes Auto von einer Brücke auf einen zugefrorenen Fluss stürzt. Wir spekulieren mal in Richtung Bankräuber auf der Flucht. Abgesehen davon, dass die Verdächtigen zügig gerettet oder geborgen werden müssen, auch das Auto, in dem dann vielleicht noch Waffen und Beute sind aufzufinden wären, darf unabhängig von Wind und Wetter nicht lange im Wasser, in diesem Fall unter dem Eis bleiben. Das heißt, der Taucher muss sich

Vermisstensache Zierach

Am 30.04.2002, 00.30 Uhr ist Petra Zierach letztmalig an ihrer Wohnadresse durch ihren Ehemann gesehen worden. Etwas später in der Nacht hörte die mit im Hause wohnende Mutter ein Auto wegfahren und am nächsten Morgen wurde festgestellt, dass Petra Zierach samt Opel Senator und einer größeren Bargeldsumme verschwunden ist. Seitdem gab es kein Lebenszeichen von Frau Zierach, jedoch wurde am 09.05.2002 eine Reisetasche mit sämtlichen Papieren der Frau Zierach im Oder-Ha-

vel-Kanal schwimmend aufgefunden. In der Folge kam es unter Beteiligung des BGS, des Schiffsamtes, der Wasserschutzpolizei, der Kriminalpolizei und den Polizeitauchern der LESE zu mehrfachen Absuchen der Umgebung des Kanals und des Grundstücks der Familie Zierach. Es gab bisher jedoch keinen weiteren Hinweis auf den Verbleib der gesuchten Person oder des Fahrzeuges.

KOK'in Schirrmeister
Polizei Strausberg

selbst bzw. das zu bergende Gerät immer erst an eine bestimmte Stelle bringen. Mit dieser Spezifik muss sich der Taucher besonders intensiv auseinandersetzen, denn hier die Orientierung zu verlieren bedeutet eine höhere Gefahr für das eigenen Leben.

Beim Einsatz in Oderberg in der Vermisstensache Zierach war dagegen von einer Langzeitsuche auszugehen. Wir sind zwei Tage lang in mehreren Teams immer wieder ins Wasser gestiegen und haben eine größere Fläche unter teilweise schwierigen Sichtbedingungen abgesehen. Das sind also sehr verschiedene Anforderungen, auf die wir uns Polizeitaucher einstellen müssen und die wir deswegen regelmäßig trainieren.

info 110 *Das stellt aber auch hohe Anforderungen an die Gesundheit und belastet den Organismus extrem. Wie kann sich der Polizeitaucher denn gegen eine Überforderung schützen?*

Hans-Peter Bischof Gesunde und sportliche Lebensführung sind ein absolutes Muss! Weil man aber in niemanden hineinsehen kann, gilt unter Polizeitauchern der Grundsatz, dass jeder selbst entscheidet, ob und wie er taucht. Das meint ebenfalls, wie lange er im Wasser bleibt. Aber auch diese eigene Entscheidung unterliegt einer Kontrolle. Der Signalmann am anderen Ende achtet auf seinen tauchenden Kollegen und sicherheitshalber haben wir ja auch noch den Taucharzt, der nicht nur eingreift, um jemanden im schlimmsten Fall wiederzubeleben, sondern auch, bevor es ernst wird...

Das Gleiche gilt auch für die Technik, die es vor Überforderung zu schützen gilt. Von drohender Vereisung bei unter 0° C war schon die Rede. Da muss der Signalmann immer wieder kontrollieren. Letztlich gilt aber auch hier, was für die eigene Gesundheit gilt, jeder ist für sich selbst verantwortlich. Die beste Lebensversicherung ist deshalb für jeden ein gut gewartetes Tauchgerät.

info 110 *Wenn man Sie auf dem Foto betrachtet, und ihr Kollege Döbler hat das ja beim Orientierungstauchen auch so beschrieben, glaubt man als Nichttaucher gar nicht, dass Tauchen in unseren Breitengraden Spaß machen kann.*

Hans-Peter Bischof Oh, das ist tauchen schon. Wenn man erst unter Wasser ist, verändert sich die Welt. Schlagartig sind für den Taucher dann die Mühen der Vorbereitung, die Kälte und auch eventuelle Ängste vergessen. Man genießt die Belohnung in Form der Stille, nur das Geräusch des Atemreglers ist zu hören wenn der Taucher atmet. Im kristallklaren Wasser sieht man die ausgeatmete Luft in Richtung Eisdecke perlen. Perfekt, wenn das Sonnenlicht die sich am Eis in großen Blasen sammelnde Luft beleuchtet. An all dem erfreut man sich solange, bis trotz guter Trockentauchanzüge, die Kälte den Taucher aus dem Rausch reißt. Dann heißt es Auftauchen und Tee trinken.

Mit Polizeitaucher Hans-Peter Bischof sprach Peter Salender



Startsignal für Deutsch-Polnische Verbindungsstelle

Innenminister Jörg Schönbohm gab am 02. April 2003 in Frankfurt (Oder) zusammen mit dem

Wojewodschaftskommandanten der Polizei in Gorzow Wielkopolski (Landsberg), Herrn Stanislaw Bukowski, und dem Stellvertreter des Direktors des Büros für internationale polizeiliche Zusammenarbeit in der Hauptkommandantur der Polizei in Warschau, Herrn Marek Wierzbicki, mit der Einsetzung eines Aufbaustabes das Startsignal für die Arbeit der künftigen Deutsch-Polnischen Verbindungsstelle. Der Aufbaustab wird von dem früheren Frakfurter(O) Polizeipräsidenten, Hartmut Lietsch geleitet. Hier werden zukünftig sprachkundige Beamte des Landes Brandenburg, des Bundesgrenzschutzes und des Zolls grenzüberschreitend mit den polnischen Behörden zusammen arbeiten.

Fachbeirat Wasserschutzpolizei gegründet

Mit der Polizeireform vom 1. Juli 2002 wurden grundlegende Veränderungen in der Organisation und Struktur der Wasserschutzpolizei des Landes Brandenburg vorgenommen. Nach der Auflösung des Präsidiums der Wasserschutzpolizei und des Polizeibeirates erfolgt nunmehr die wasserschutzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung in neun Wasserschutzpolizeiwachen und weiteren vierzehn nachgeordneten Außenstellen, die insgesamt acht Schutzbereichen zugeordnet wurden.

Nach den ersten vorliegenden Erfahrungen der Wasserschutzpolizei ist eine zentrale Bündelung und Wahrnehmung der speziellen Interessenlagen zur Verbesserung und Ausbau der Ordnung und Sicherheit auf und am Wasser in Form eines Fachbeirates „Wasserschutzpolizei“ zukunftsweisend. Hierbei ist die Einbeziehung von Behörden und staatlichen sowie nichtstaatlichen Einrichtungen, Organisationen, Vereinen und Verbänden beabsichtigt, um bei Nutzern und Betreibern im Umfeld der Wasserstraßen die Bürger- und Kundenzufriedenheit zu erhöhen.

Der Fachbeirat „Wasserschutzpolizei“ soll die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf den schiffbaren Bundes- und Landesschiffahrtstraßen weiter entwickeln und die sich bietenden gesellschaftlichen Ressourcen und Potenzen verbinden, koordinieren und ausbauen.

Das Gremium, das sich am 29.04.2003 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfand, steht unter dem Vorsitz des Direktors der Wasserschutzpolizei, Hans-Joachim Werner. Dem Fachbeirat gehören Vertreter des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) und des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR), der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost (WSD Ost), dem Landessportbund e.V. (LSB), dem Bundesverband Deutscher Binnenschifffahrt e.V. (BDB) und dem Landesfischereiverband e.V. an.



Hans-Joachim Werner informierte Dr. Gabriele Schneider, Referentin Breitensport und Vorsitzende der Wassersportkommission im Landessportbund Brandenburg als Mitglied des Fachbeirates Wasserschutzpolizei am 12.06.2003 an Bord der WSP 4 über die Arbeit der Wasserschutzpolizei.

POLIZEIPRAXIS

Fachbeirat Autobahnpolizei konstituiert

Anlässlich der Neuorganisation der Autobahnpolizei zum 01. Juli des letzten Jahres wurde im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit auf den Bundesautobahnen im Land Brandenburg am 06. Mai 2003 ein „Fachbeirat Autobahnpolizei“ eingerichtet.

Der Fachbeirat verfolgt das Ziel, eine gesamtgesellschaftliche Verkehrssicherheitsarbeit als kombiniertes Konzept von Repression und Prävention weiter zu entwickeln. Angesichts des immer dichter werdenden internationalen Verkehrs spielt die Sicherheit auf den Autobahnen dabei eine zentrale Rolle. Der Fachbeirat soll Impulse für innovative Entwicklungen und Vorhaben der Verkehrssicherheitsarbeit geben sowie die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaft-

licher und privater Organisationen miteinander verknüpfen und koordinieren.

Zur Schaffung von Synergieeffekten sind unter Vorsitz des Direktors der Autobahnpolizei, POR Udo Antonicek, im Ministerium des Innern u. a. das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, die Polizeipräsidien, das Bundesamt für Güterverkehr, der Zoll, die Feuerwehr, das Autobahnamt Brandenburg sowie das Institut für Straßenverkehr Köln im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. und der ADAC Berlin-Brandenburg e.V. im Fachbeirat mitwirkend vertreten. Der Fachbeirat soll durch Empfehlungen auf nachhaltige Maßnahmen zur Verkehrssicherheitsarbeit hinwirken und in der Öffentlichkeit in Zusammenarbeit mit den Medien um

Verständnis und Unterstützung für die Verkehrssicherheitsarbeit werben. Er soll den Erfahrungsaustausch in der Verkehrssicherheitsarbeit initiieren und unterstützen, ggf. Fachtagungen und Symposien durchführen. Darüber hinaus soll er Maßnahmen zur Verhaltenbeeinflussung bei Zielgruppen, wissenschaftliche Forschung über Ursachen, Erscheinungsformen und Häufigkeit von Verkehrsunfallentwicklungen sowie verkehrspräventive Aktionen und Projekte initiieren.

Neben der Vorstellung der Autobahnpolizei durch POR Antonicek in der konstituierenden Sitzung wurden durch Vertreter des Fachbeirates die Durchführung von Übungen sowie von gemeinsamen Kontrollen der Autobahnpolizei mit dem Bundesamt für Güterverkehr auf den Bundesautobahnen angeregt. Es wurde auch vorgeschlagen, sogenannte Fernfahrerstammtische auf den Tank- und Rastanlagen durchzuführen. Ein weiterer Vorschlag wurde bereits umgesetzt. Auf der Internet-Wache der Polizei sind Sicherheits-Tipps für die Fahrt in den Urlaub eingestellt worden.

Neue Führungskräfte

Am 27. Juni 2003, haben eine Beamtin und fünf Beamte des gehobenen Polizeivollzugsdienstes erfolgreich ihre Ratsausbildung beendet. Herr Abteilungsleiter Hohnen beglückwünschte die Beamten zur bestandenen III. Fachprüfung und überreichte ihnen die Urkunden über ihre Ernennung zur Polizeirätin bzw. zum Polizeirat sowie die Verfügungen über ihre Erstverwendung auf einem Dienstposten des höheren Polizeivollzugsdienstes. Die neuen Führungskräfte werden ab dem 1. Juli 2003 folgende Aufgaben übernehmen:

Frau Bettina Groß wird im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) die Leitung des Präsidialbüros übernehmen, zunächst jedoch kommissarisch die Leitung des FüSAL bis der derzeit vakante Dienstposten nachbesetzt werden kann. Herr Lars Brückner wird die Dienststellenberatung verstärken. Die Herren Thomas Albert und Lutz Stensel werden für die Dauer von zwei Jahren zum MI abgeordnet und im Referat IV/4 jeweils mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Referenten für den Bereich Lagezentrum beauftragt. Herr Rüdiger Blank wird ebenfalls für zwei Jahre zum MI abgeordnet und die Aufgaben des Referenten für besondere Aufgaben im Referat IV/4 übernehmen. Herr Mathias Hain wird für ein Jahr zum MI abgeordnet und im Referat IV/1 das Projekt „Kosten- und Leistungsrechnung“ betreuen.



Während der konstituierenden Sitzung



Die Fahrzeuge der brandenburgischen Autobahnpolizei, hier der blau-silberne Audi A6 Avant TDI, sorgten auch bundesweit für Interesse. PR Thomas Loschek, Leiter der PW Neuruppin, und Michael Schüler vom Bereich Technik/Logistik des Zentraldienstes der Polizei stellten den 136 PS starken Streifenwagen am 15. September 2002 zum „Tag der offenen Tür“ im Polizeiausbildungsinstitut Linnich in NRW vor.



Polizeischüler vereidigt

Am 5. Juni 2003 haben in Anwesenheit von Innenminister Jörg Schönbohm an der Fachhochschule der Polizei in Basdorf 156 brandenburgische Polizeischüler den Eid auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Brandenburg abgelegt.

Polizeipräsidentin a.D. berät WSP-Projekt

Die Polizeipräsidentin a.D. der Wasserschutzpolizei des Landes Brandenburg, Monika Scheufler, unterstützt ab sofort die Öffentlichkeitsarbeit der Wasserschutzpolizei bei einem aktuellen Projekt. Sie konnte als Fachberaterin einer Projektgruppe gewonnen werden, die den Online-Start einer speziellen WSP-Wache im Internet vorbereitet. Die künftige Wache wird als wichtiger Teilbereich der brandenburgischen Internetwache (www.internetwache.brandenburg.de) deren informativen und interaktiven Service erweitern. Frau Scheufler soll mit ihren Erfahrungen und Kontakten u.a. die Einbindung von Informationsangeboten anderer Bereiche, so des Tourismus, des Freizeitbereiches und des Sports vorbereiten.



Staatssekretär ernennt Kommissare

Brandenburg setzt die Qualifizierung seiner Polizei konsequent fort. Am Freitag, dem 16.05.2003, erhielten im Brandenburg-Saal der Potsdamer Staatskanzlei 11 Polizeibeamtinnen und 38 Polizeibeamte aus den Händen von Innenstaatssekretär Eike Lancelle ihre Ernennungsurkunden zum Polizeibzw. Kriminalkommissar. Die 26- bis 50jährigen Polizeivollzugsbediensteten hatten zuvor erfolgreich an der Polizeifachhochschule in Basdorf einen einjährigen Aufstiegslehrgang vom mittleren zum gehobenen Polizeidienst absolviert.



Ein Blick zurück – und in die Zukunft

Ein Jahr nach der Polizeireform luden Brandenburgs Polizisten in der ersten Juliwoche die Bürger der Städte und Dörfer in ihre Dienststellen ein, um den 1. Jahrestag mit Ihnen gemeinsam zu würdigen. Hier einige Beispiele:

Musikalisch eingestimmt durch die 11köpfige Besetzung des Landespolizeiorchesters eröffnete Potsdams Polizeipräsident Bruno Küpper am 1. Juli 2003 an der Autobahnpolizei Michendorf die Veranstaltung des Polizeipräsidiums Potsdam unter dem Motto „Ein Jahr Polizeireform – Ein Jahr brandenburgische Autobahnpolizei“. Innenminister Jörg Schönbohm würdigte in seinem Grußwort gegenüber den zahlreichen Gästen und Vertretern von AD-AC, Autobahnamt, Tank- und Raststätten AG, der Bundeswehr sowie Landes- und Kommunalpolitikern die in den vergangenen 12 Monaten geleistete Arbeit der Polizei. Im Frankfurter Polizeipräsidium trafen sich 40 Gäste aus Politik, Medien und aus anderen Behörden im Rahmen einer Festveranstaltung, die vor allem auch zur sachlichen Analyse des Ist-Zustand der polizeilichen Arbeit diente. PD Klaus Kandt hob die positiven Aspekte hervor, betonte aber gleichzeitig, dass der Veränderungsprozess ein Jahr nach der Polizeire-

form keineswegs abgeschlossen sei. Parallel dazu waren Hunderte Frankfurter auf dem Brunnenplatz unterwegs. Die Polizisten der Oderstadt hatten ihre Kollegen vom BGS, von Feuerwehr und Wasserschutzpolizei unter dem Motto „Polizei zum Anfassen“ mitgebracht. Auch die Landeseinsatzeinheit (LESE) unterstützte diesen Tag. Sie stellte zusammen mit den Kollegen der Polizeiwachen die gemeinsame Einsatztechnik in Frankfurt wie auch zwei Tage später in Fürstenwalde aus. Ebenfalls am 1. Juli diesen Jahres lud auch der Schutzbereich Barnim ein und hatte gleich doppelten Grund zum Feiern. Er beging zusätzlich noch den 1. Geburtstag des Schutzbereiches.

„Drängelei am Hubschrauber“, so titelte die „Lausitzer Rundschau“ einen Artikel über den „Tag der offenen Tür“ in der Polizeiwache Finsterwalde am 3. Juli 2003. Schätzungsweise 2000 Bürger interessierten sich nicht nur für den neuen Polizeihubschrauber, sondern auch für die polizeiliche Fahrzeug-Flotte und die Vorführungen der Diensthunde.

Richtig feucht ging es dagegen am 4. Juli im Schutzbereich Oberhavel zu. Schutzbereichsleiterin Ute Intveen-Treppmann hatte die WSP 1, an Bord auch der Direktor der Wasserschutzpolizei, Hans-Joachim Werner, das

größte Polizei-Boot für eine Fahrt rund um Oranienburg gechartert. In Senftenberg, Schutzbereich Oberspreewald-Lausitz, zog Schutzbereichsleiter Jürgen Piesker vor seinen Gästen, unter ihnen auch eine polnische Delegation aus der Kreiskommandantur Zagan, eine insgesamt positive Bilanz, verschwieg aber auch Schwachstellen nicht.

In Strausberg berichtete Schutzbereichsleiter Jürgen Huber am 9. Juli vor zahlreichen Gästen von Staatsanwaltschaft, Bundeswehr, THW, Zoll und BGS sowie den Landtagsabgeordneten Beate Blechinger und Kerstin Kaiser-Nicht von den Ergebnissen der Arbeit des letzten Jahres. Auch Jürgen Huber betonte genauso wie seine Kollegen Schutzbereichsleiter während der vergangenen Tage auf ihren Veranstaltungen, dass die Polizeistrukturreform noch keinesfalls abgeschlossen ist. Über die bevorstehende Evaluation der Reform nach Jahresfrist wird „info 110“ selbstverständlich berichten.

Sämtliche Veranstaltungen an dieser Stelle aufzuzählen ist nicht möglich, einen ausführlichen Überblick kann sich der interessierte Leser in den zahlreichen Artikeln zu Jahrestag der Reform im Intranet der Polizei verschaffen.

...ein Foto des Landespolizeiorchesters vom einem der zahlreichen Konzerte anlässlich des 1. Jahrestages der Polizeireform, den die Polizeischutzbereiche in der ersten Juli-Woche bei der Autobahnpolizei in Michendorf beginnend über beispielsweise eine Fahrt mit der WSP 1 auf den Gewässern rund um Oranienburg oder einer Bilanzveranstaltung in Strausberg würdigten. Das Foto entstand am 3. Juli auf dem Marktplatz in Fürstenwalde.



Eine lange Dienstreise...!

POLIZEIPRAXIS

Teil 1

Ich erinnere mich an diesen kalten Aprilmorgen, als wäre es erst gestern gewesen, tatsächlich aber liegt er bereits mehrere Jahre zurück, um genau zu sein 7 Jahre. Dieser Tag sollte mein gesamtes Leben verändern und vielleicht erinnere ich mich gerade deshalb so genau an den Beginn einer langen Dienstreise, die noch immer anhält.

An diesem Aprilmorgen im Jahre 1996 traten wir, drei Polizeibeamte aus Brandenburg (Eberswalde, Basdorf und Neuruppin) eine Dienstreise an, die uns zu unserem ersten polizeilichen Auslandseinsatz nach Bosnien und Herzegowina führen sollte. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich noch nicht, dass es für mich nicht nur nach Bosnien gehen würde, sondern dass es eine Reise über den gesamten Balkan werden sollte und damit nicht genug. Später sollte es für mich auch noch in den Nahen Osten, den Gazastreifen und das Westjordangebiet gehen, um später, über das krisengeschüttelte Mazedonien, wieder nach Bosnien und Herzegowina zurückzukehren. Aber der Reihe nach.

Bosnien und Herzegowina befanden sich Anfang 1996 noch in einer Art Schockzustand. Nach dem 5-jährigen Krieg und trotz des Friedensabkommens von Dayton, das von Tudjman (Kroate, verstorben), Milošević (Serbe, im Kriegsverbrechertribunal von Den Haag unter Anklage) und Izetbegović (Bosnier, im Ruhestand) unterschrieben wurde, glaubte so recht niemand in der Bevölkerung an einen haltbaren Frieden. Vertreibung, Völkermord, Mord an langjährigen Nachbarn, Vergewaltigungen und die teilweise komplette Zerstörung von zurückgelassenem persönlichen Eigentum und Häusern hatten tiefe Wunden hinterlassen, die noch heute zu spüren sind.

Die Präsenz der Internationalen Polizeispezialeinheit (IPTF) der Vereinten Nationen in allen Teilen Bosniens, zu deren Verstärkung das Deutsche Polizeikontingent im April 1996 eingesetzt wurde und

dem wir drei Brandenburger angehörten, brachte zumindest ein sichtlich verbessertes Sicherheitsgefühl für die Bevölkerung Bosniens und Herzegowinas mit sich.

Zu unseren damaligen ersten Aufgaben gehörte zunächst einmal die Grundregel Präsenz zu zeigen. Dies wurde durch Fußstreifen, gemeinsame Streifen mit der lokalen Polizei, aber auch durch mobile UN-Patrouillen, erreicht. Damals ging es auch um so elementare Dinge wie das Erfassen von Einwohnern in entlegenen und kaum erreichbaren Dörfern. War überhaupt Strom und Wasser vorhanden, die medizinische Versorgung und die mit Grundnahrungsmitteln gewährleistet? Das Ganze musste dann mit anderen Hilfsorganisationen koordiniert werden. Ich wurde im äußersten Nordwesten Bosniens eingesetzt, in der sogenannten Krajina mit der Stadt Bihac, die, ähnlich wie die Hauptstadt Sarajevo, mehrere Jahre von serbischen Truppen eingeschlossen war und unter Beschuss lag.

Später dann begann das „Beobachten“ der Aktivitäten der lokalen Polizei sowie die intensive Zusammenarbeit mit ihr in sämtlichen polizeirelevanten Bereichen, die Aufnahme von Ermittlungen im Bereich der Menschenrechtsverletzungen eingeschlossen. Letzteres wurde mein spezielles Betätigungsfeld, zu dem auch die Untersuchung der Zustände in den lokalen Gefängnissen, die Mithilfe der lokalen Organe bei der Suche nach Massengräbern und von Exhumierungen sowie die Durchführung von Ermittlungen im Bereich vom ethnischen Vorkommnissen, Zusammenstößen und Übergriffen gehörte. Letzteres ist nach wie vor, fast 8 Jahre nach Kriegsende, ein oft tägliches Bild und nahm mit der Erhöhung der Anzahl der Rückkehr von Flüchtlingen an Intensität sogar zu. Die Arbeit als sogenannter „Policemonitor“ und später als Menschenrechtsermittler hatte mich nicht nur voll gefordert, sondern auch beeindruckt und geprägt.

Selbst Angriffen ausgesetzt

Im Dezember 1996 endete unser erster Auslandseinsatz und wir kehrten in unsere Dienststellen zurück. Für mich wurde es lediglich eine kurze Unterbrechung, denn im September 1997 meldete ich mich wiederum freiwillig zu einem zweiten Auslandseinsatz.

Sofort wurde ich wiederum im Bereich der Menschenrechtsverletzungen im gleichen Territorium von Bosnien eingesetzt, in Bihac, das zu diesem Zeitpunkt allerdings zum Regionalen Hauptquartier der UN für den gesamten Nordwesten Bosniens und Herzegowinas und der Republik Srpska geworden war und sich über drei Kantone erstreckte, ähnlich unseren Landkreisen, aber auch alle drei, hier lebenden ethnische Gruppen einschloss. Ich musste feststellen, dass sich die Probleme kaum geändert hatten und fand sogar eines meiner Ermittlungsverfahren im Archiv wieder und zwar so, wie ich es bei meiner „End of Mission“ hinterlassen hatte. Dieser Mangel an Effektivität im System der Vereinten Nationen hat viele Hintergründe, u.a. aber ist ganz sicher, dass nicht alle Nationen freiwillige Polizisten in Auslandseinsätze schickten, sondern diese abkommandieren. Manche wurden davon erst wenige Tage vor ihrer Abreise in Kenntnis gesetzt. Die meist einjährige und aufgezwungene Trennung von der Familie und weit entfernter Heimat wirkte sich verständlicherweise auch negativ auf die Motivation und die Initiative aus.

Ein Ereignis möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass die Nachkriegsprobleme deutlich aufzeigt. Im Mai 1998 ist ein serbisches Ehepaar als eine der ersten in ihr Haus in Drvar (Nordostbosnien) zurückgekehrt, aus dem sie während des Krieges vertrieben worden. Drvar war vor Beginn des Krieges fast 100% serbisch bewohnt und während des Krieges durch bosnisch-kroatische Truppen erobert worden. Nach Ende des Krieges haben viele bosnische Kroaten, die wiederum aus anderen Städten vertrieben worden sind in Drvar Schutz gesucht und sich hier niedergelassen. Damit war Drvar nunmehr fast ausschließlich kroatisch bewohnt.

Wenige Tage nach der Rückkehr des älteren Ehepaares wurden beide kniend durch Schüsse in den Nacken geradezu hingerichtet. Der Leiter der IPTF Mission in Bosnien hat sofort eine spezielle Ermittlungsgruppe berufen, der auch ich angehörte. Dafür wurden Bürocontainer in Drvar, genau neben der damals bereits existierenden IPTF-Station aufgestellt. Wenige Tage später wurden unsere Fahrzeuge wie auch die Container, in denen wir noch arbeiteten von einem aufgebracht Menschenmenge in Brand gesteckt. SFOR musste anrücken, um uns zu retten. Wie die Ermittlungen später zeigten, waren die Rädelführer und Organisatoren dieser Ereignisse der Leiter der lokalen Kriminalpolizei (bosnischer Kroate) und mitverantwortlich war auch der Minister der Polizei des Kantons, ebenfalls bosnischer Kroate. Beide wurden kurze Zeit später aus dem Dienst der Polizei entlassen.

Eine neue Aufgabe

Mitte 1998 wurde ich bei der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Mission in Bosnien und Herzegowina als einer der drei internationalen Ermittler der Medienexpertenkommission (MEC) der OSZE, später



dann als Chefermittler eingesetzt. Der Zuständigkeitsbereich der Medienexpertenkommission erstreckte sich zur Zeit des damaligen Mandates auf die Republik Bosnien und Herzegovina, der Republik Kroatien und die damalige Föderative Republik Jugoslawien. Sämtliche Medien dieser drei Staaten (Rundfunk- und Fernsehstationen, Zeitungen- und Zeitschriften) sowie alle öffentlichen Erklärungen und Stellungnahmen von Parteien in diesen Ländern, wurden durch eine Monitorgruppe der OSZE beobachtet, überwacht und wenn notwendig, elektronisch aufgezeichnet. Alle oben genannten Medieneinrichtungen oder Parteien hatten sich an die Einhaltung der sogenannten PEC Rules and Regulations, der vorläufigen Wahlkommission der OSZE, zu halten. Verstöße gegen diese Regelungen (in Bezug auf Wahlen) wurden durch die bereits erwähnten Monitorgruppen an das Sekretariat der MEC gemeldet und sofortige Ermittlungen zur Erforschung der weiteren Umstände und Einzelheiten dieser Verstöße eingeleitet. Die lokalen und internationalen Mitglieder der MEC stimmten in einer Sitzung über die weitere Vorgehensweise auf Basis unseres Berichts, mögliche Sanktionen oder Einschränkungen gegen die betreffende schuldige Partei, z.B. Fernseh- und Radiostationen oder Zeitungsverlage ab.

Gemäß dem Dayton Agreement musste die MEC im Dezember 1998 alle Verantwortlichkeiten an eine Unabhängige Medienexpertenkommission übergeben, die dann nicht mehr Bestandteil der OSZE war. Damit endete auch meine Tätigkeit für die Medienexpertenkommission.

Vollständige Evakuierung notwendig

Zu diesem Zeitpunkt war jedoch die Position des Sicherheitschefs der OSZE Mission in Bosnien gerade unbesetzt und mir wurde angeboten, diese Position zu übernehmen. Nach einer 6-monatigen Probezeit war ich als Sicherheitschef für sämtliche Sicherheitsfragen der OSZE Mission in der Föderation Bosnien und Herzegovina und der Republik Srpska zuständig. So mussten zu Beginn des Jahres

Olaf Berg in der Mitte stehend mit Angehörigen einer serbischen Polizeispezialeinheit während der Sicherheitsinspektion in der 5 km Sicherheitszone

1999 wegen der unruhigen Sicherheitslage und der Festnahme von mehreren hochrangigen gesuchten Kriegsverbrechern mehrere Evakuierungen von örtlichen OSZE Stationen durchgeführt werden. Bei der Übernahme der Position musste ich leider feststellen, dass kein professioneller Evakuierungsplan existierte, so dass ein umfassender Plan neu erarbeitet und eingeführt werden musste.

Auch der Beginn des Kosovokrieges hatte in Bosnien und Herzegovina erhebliche Sicherheitsauswirkungen. Das gesamte Missionsgebiet innerhalb der Republik Srpska musste durch die OSZE evakuiert werden, was bis dato noch nie in einer solchen Dimension durchgeführt worden war. Dies war ohne Zweifel der Höhepunkt des Jahres 1999.

Für die Gewährleistung der Sicherheit des OSZE Hauptquartiers, das auf 11 verschiedene Gebäude innerhalb der Stadt Sarajewo verteilt war, existierte eine mir direkt unterstellte Wacheinheit (OSCE Security Guard Force) die sich aus 53 einheimischen Frauen und Männern. Dazu kamen weitere 92 OSZE Security Guards und Wachmänner für die Sicherung der Gebäude der 4 Regionalen OSZE Zentren im Feld, des OSZE Zentrums Brcko und den 24 örtlichen OSZE Stationen.

Der Aufbau, Ausrüstung, Training und Einsatz von zwei Personenschutzteams, die für die Sicherheit von zwei Botschaftern der OSZE verantwortlich waren, gehörte ebenso zu meinen Aufgaben wie die Vorbereitung von diplomatischen Protokollen bei VIP Besuchen und Delegation bis hin zur Kolonnen- und Geleitführung sowie die Gewährleistung der Sicherheit der VIP's bei solchen Besuchen. Da der Vorsitz der OSZE in Wien jährlich wechselt und immer der jeweilige Außenminister des neuberufenen Staates eingesetzt wird, hatte ich die Ehre die Besuche für den norwegischen, die österreichische Außenministerin und den rumänischen Außenminister zu organisieren und als Protokollführer zu agieren.

Im November 2000 besiegelte die Bevölkerung Jugoslawiens auf friedlichem Wege und mit Demonstrationen das Ende des Milosevic Regimes. Dies stellte für den gesamten Balkan eine entscheidende Wende dar. Eine der ersten notwendigen Maßnahmen war die Durchführung freier und demokratischer Wahlen. Dies fiel, auf Grund der Umstände, in den Zuständigkeitsbereich der OSZE-ODIHR Mission, die sofort eröffnet wurde und ihre Arbeit aufnahm.



Ausgebrannte Bürocontainer des Speziellen Ermittlungsteams nach dem Angriff auf die IPTF Station



Exhumierung von bosnischen Muslimen

Zum gleichen Zeitpunkt gab es noch immer sporadische Kämpfe und militärische Operationen in Südserbien. Bewaffnete Kosovo-Albanische Gruppierungen operierten in diesem Gebiet seit dem Ende des Kosovo Krieges mit dem Ziel, das sogenannte „Presevo Tal“, in dem viele Albaner wohnen, zu „befreien“ und an Kosovo anzugliedern. Spezialkräfte der serbischen Polizei wurden in Südserbien stationiert, um die Sicherheit zu garantieren bzw. wiederherzustellen und gegen diese bewaffneten Gruppen vorzugehen. Aus diesem Grunde wurde zwischen der Provinz Kosovo und Südserbien eine sogenannten 5-km Puffer Zone eingerichtet, die aus Sicherheitsgründen niemand betreten durfte.

Auf Patrouille im Sicherheitsstreifen

Nur wenige Tage nach dem Sturz des Milošević Regimes wurde ich als Sicherheitsoffizier der OSZE-ODIHR Wahlmission mit der Aufgabe nach Belgrad geschickt, die Sicherheit der später eintreffenden mehreren hundert Wahlbeobachter vorzubereiten und zu gewährleisten. Eine erste grobe Analyse zeigte, dass Wahlbeobachter auch im Krisengebiet von Südserbien eingesetzt werden mussten. Dazu war eine detaillierte Sicherheitsbeurteilung notwendig. Mit einer Sicherheitseskorte und spezieller Genehmigung des Bundesinnenministeriums Jugoslawiens machte ich mich als damals erster Angehöriger einer internationalen Organisation auf

den Weg in den 5-km Sicherheitsstreifen, der etwa 3,5 Fahrstunden südlich von Belgrad gelegen ist. Als sich kurz vor dem Eintritt in die Zone, in der kleinen Provinzstadt Bujanovac, ein in Zivil gekleideter militärischer Führer, bewaffnet mit einer Kalashnikow und einem Beutel voller Handgranaten zu uns gesellte, war mir bewusst worauf ich mich hier eingelassen hatte.

Unsere kleine Kolonne wurde auch prompt an der ersten vordersten serbischen Stellung nahe dem kleinem Dörfchen Veliko Trnovo, mit einer Granate von der anderen Seite „begrüßt“. Letztendlich sind dann wegen der Gefahr keine Wahlbeobachter eingesetzt worden. Dies war tatsächlich meine erste größere Herausforderung in einem wirklichen Krisengebiet und wichtig für die Sicherheit der einzusetzenden Wahlbeobachter.

Später dann, Anfang 2001 wurde entschieden, eine OSZE Mission in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien aufzubauen und ich war wiederum zeitweise nach Belgrad abgeordnet worden, um das Sicherheitssystem der neuen Mission aufzubauen und um die geforderten Sicherheitsnormen der OSZE für Gebäude und Missionsmitarbeiter zu arrangieren.

Nach nahezu 5 Jahren Arbeit auf dem Balkan eröffnete sich mir dann Mitte 2001 die Chance eine Position im Nahen Osten aufzunehmen. Dazu mehr im Teil 2 im nächsten Heft.

Olaf Berg

BÜCHER-ECKE

Kriminalistisches Lehrbuch der Polizei

Arbeitsbuch für den Wach-,
Wechsel- und Ermittlungsdienst

Von Hubert Meyer, Klaus Wolf und Reiner Müller

8. Auflage 2003, 554 Seiten,
DIN A5, Broschur, 25,90 EURO,
ISBN 3-8011-0482-6.

Verlag Deutsche Polizeiliteratur
GmbH Buchvertrieb,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon (0211) 7104-212,
Fax: -270, E-Mail: vdp.buchver-
trieb@vdpolizei.de.

Mit der völlig überarbeiteten und
aktualisierten 8. Auflage dieses Stan-
dardwerkes in der polizeilichen Aus-
bildung wurde nicht nur eine stoff-
liche Erweiterung vorgenommen,
sondern auch das Autorenteam
durch KOK Reiner Müller, Fachleh-
rer bei der PAI Selm, verstärkt.

Inhaltlich orientiert sich der Band
an den Stoffverteilungsplänen aller
Bundesländer für die Grund- und
Fortbildungslehrgänge der Polizei,
für die Bereitschaftspolizeien, für
die reformierte Ausbildung Lauf-
bahnabschnitt I, und für die Studi-
enordnung der Fachbereiche Poli-
zeivollzugsdienst der Fachhoch-
schulen für öffentliche Verwaltung
des Bundes und der Länder.

Dieses Lehrbuch der praktischen
Kriminalistik bietet damit die Mög-
lichkeit, wesentliche Lehrinhalte
des im Unterricht und in der Vor-
lesung vermittelten Wissens eigen-
ständig nachzuarbeiten, und damit
sowohl im Unterricht, in der Klausur
und natürlich auch in der poli-
zeilichen Praxis den geforderten
fachlichen Leistungsstand zu er-
bringen.

Praktische Eigensicherung Grundlagen für Ausbildung und Praxis

Von Arnold Schacht, Wolfgang Bopp und Herbert Freese

199 Seiten, DIN A5,
Broschur, 16,90 EURO,
ISBN 3-8011-0474-5.

Verlag Deutsche Polizeiliteratur
GmbH Buchvertrieb,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon (0211) 7104-212,
Fax: -270, E-Mail: vdp.buchver-
trieb@vdpolizei.de.

Mit zahlreichen Farbfotos stellen
die Autoren praxisnah, anschaulich
und übersichtlich die wesentlichen
Selbstverteidigungs-, Nothilfe- und
Transporttechniken für Polizeibe-
amte dar und erleichtern somit das
Erlernen und ständige Trainieren
dieser Methoden.

Die Autoren sind langjährig einzel-
dienstführende Beamte, verfügen
neben Dan-Graden in Kampfsport-
arten über entsprechende Lizenzen
und waren bzw. sind als Ausbilder
an der Hessischen Polizeischule,
der Verwaltungsfachhochschule so-
wie als selbstständiger Unterneh-
mer im Sicherheitsbereich tätig. Al-
le verfügen über Qualifikationen in
mehreren Ausbildungsbereichen
wie Eigensicherung, Selbstverteidi-
gung, Schießen, ferner über Erfah-
rungen in der Aus- und Weiterbil-
dung von Einzeldienstbeamten und
Sondereinheiten.



„Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“

Von Jonas Lanig und
Marion Schweizer,
Verlag an der Ruhr,
ISBN 3-86072-394-4, 13,80 Euro

Schon lange kommen jedoch radi-
kale Meinungen sowie rassistische
und antisemitische Parolen nicht
mehr nur von ganz rechts. Dem all-

täglichen Rassismus begegnen wir
an der Supermarktkasse, der Bus-
haltestelle oder im Alkoholdunst der
Stammtische: Zu viele Ausländer,
die zu hohe Ansprüche stellen, die
sich nicht anpassen wollen und sich
aufführen, als wären sie hier zu Hau-
se. So denkt und spricht mancher
Einheimische und verteidigt seine
„älteren Rechte“.

Die Autoren Marion Schweizer und
Jonas Lanig unternehmen den Ver-
such, das Lügengebäude der neona-
zistischen Szene systematisch zu
entkräften und Werte wie Demokra-
tie und Menschenwürde gegen
rechtsextremistische Propaganda zu
verteidigen. Präzise und allgemein-
verständlich vermitteln sie Argu-
mentationshilfen und Fakten, die
rechten Parolen wie etwa „Alle Aus-
länder sind kriminell“ oder „Die
wollen sich nicht anpassen“ den
Wind aus den Segeln nehmen sol-
len. Bestehende interkulturelle Pro-
bleme werden nicht unter den Tisch
gekehrt, nichts beschönigt, aber so
manches gerade gerückt.

Übrigens: Die eindrucksvollen Por-
trätaufnahmen des Fotografen Bernd
Schäfer geben dem Buch einen zu-
sätzlichen Reiz. Blättern Sie bitte auf
Seite 7 dieser Ausgabe zurück, Bernd
Schäfer hat auch der „info 110“ ge-
stattet, einige der Porträts und aus-
führliche Informationen zur Aus-
stellung „Zu Hause in der Fremde“
abzudrucken.



P. D. James „Was gut und böse ist“

Knaur Taschenbuch, 637 Seiten,
ISBN 3-426-62484-2, 8,90 Euro,

Das Buch beginnt mit den Zeilen
„Mörder pflegen sich normalerweise
nicht vorher anzumelden. Mord ist
eine Todesart, bei der dem Opfer,
ungeachtet der grauenvollen Er-
kenntnis in letzter Sekunde, die
Schrecken und Ängste im Vorfeld
gnädig erspart bleiben.“ Bereits auf
der ersten Seite ahnte ich, wer das
Opfer sein wird und dass es nur
noch kurze Zeit zu leben hat. Jedoch

beschreibt P. D. James, manchmal
auch etwas zu ausführlich, zuerst
den Schauplatz und die Charaktere
der einzelnen handelnden Perso-
nen, ehe der erwartete Mord end-
lich passiert. Mein Tipp: notfalls
auch mal eine Seite überblättern,
aber das Buch auf keinen Fall zur
Seite legen. Weiterlesen, es wird
spannend.

Eines Morgens findet man die Star-
anwältin Venetia Aldridge im Büro
einer Kanzlei erstochen hinter ihrem
Schreibtisch. Ein Fall für Comman-
der Adam Dalgliesh von Scotland
Yard. Egal wen er fragt, jeder meint,
das Opfer sei hervorragende Juristin
gewesen. Schnell findet er Ver-
dächtige: den Freund der Tochter,
Venetias Kollegen und ihr ehemali-
ger Liebhaber. Sie alle hassten Ve-
netia aus unterschiedlichen Grün-
den.

Im Alltag musste die Strafverteidi-
gerin, die nur für die Karriere lebte,
ständig mit Problemen kämpfen. Sie
vernachlässigte ihre 18-jährige To-
chter, die ihr eines Tages völlig über-
raschend einen gerade von Venetia
freigesprochenen Mörder als ihren
Verlobten vorstellte. Er war ange-
klagt, seine Tante brutal ermordet
zu haben. Venetia Aldridge erreichte
seinen Freispruch, obwohl sie selbst
von der Schuld des Mannes über-
zeugt war. Sie versuchte ihrer
Tochter diese Liebschaft wieder aus-
zureden, umsonst.

Im beruflichen Leben war Venetia
Aldridge zwar sehr erfolgreich je-
doch wenig beliebt. Sie war hart
und kalt. Der Kanzleivorstand soll-
te in den Ruhestand treten, Venetia
galt als Nachfolgerin. Ihre Kollegen
fürchteten, dass ihr Aufstieg in der
Kanzlei zu grundsätzlichen Verän-
derungen führen würde.

Wer also war der raffinierte Täter?
Bis er gefunden ist, lernt der Leser
wie nebenbei das englische Rechts-
system und die feine englische Ge-
sellschaft kennen. Der Ermittler Da-
gliesh lässt den Leser an all seinen
Nachforschungen teilhaben und mit
kombinieren. Mehrere Male glaubte
ich den Mörder bereits zu kennen
und musste der Versuchung wider-
stehen vorschnell die letzte Seite
aufzuschlagen. P. D. James ist mit
diesem Roman der „Dalgliesh Reihe“
wieder ein spannendes und emp-
fehlenswertes Buch für jeden Kri-
mileser gelungen, der gewillt ist, die
Charaktere der Handelnden kennen
zu lernen und nicht nur Action und
Aufregung erwartet.

Silke Zeugner